
FORSCHUNGSVERBUND FORDEMOCRACY

Working Paper Nr. 1

Wenn politische Beteiligung als „Luxus“ erlebt wird.

**Eine Gruppendiskussion über politische Partizipation von Frauen mit
Migrationshintergrund**

Carolin Gutmann, M.A.

Kontakt über:

Prof. Dr. Sonja Haug

OTH Regensburg

Seybothstr. 2

93053 Regensburg

Sonja.haug@oth-regensburg.de



<https://fordemocracy.hypotheses.org/>

Dezember 2019

Carolin Gutmann

Wenn politische Beteiligung als „Luxus“ erlebt wird.

**Eine Gruppendiskussion über politische Partizipation von Frauen mit
Migrationshintergrund**

Working Paper Nr. 1

Bayerischer Forschungsverbund Zukunft der Demokratie

Dezember 2019

<https://fordemocracy.hypotheses.org>

Working Papers

© by the author

Carolin Gutmann, M.A.

Downloads: <https://fordemocracy.hypotheses.org/2282>

Bayerischer Forschungsverbund ForDemocracy

www.fordemocracy.de

Zusammenfassung

Welche Faktoren beeinflussen die politische Partizipation für Frauen mit Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene? Eine empirische Studie untersuchte dies im Rahmen des bayerischen Forschungsverbunds zur Zukunft der Demokratie (ForDemocracy). Im Projekt „Demokratieakzeptanz und politische Partizipation von Geflüchteten (DePaGe)“ an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg unter der Leitung von Prof. Dr. Sonja Haug steht die politische Teilhabe zugewanderter Menschen im Fokus und beim Projekt „Frauen in die Kommunalpolitik (FRIDA)“ der Hochschule Landshut unter der Leitung von Prof. Dr. Barbara Thiessen geht es um Förderung der politischen Partizipation für Frauen. Das Arbeitspapier bewegt sich an der Schnittstelle dieser Fragestellungen.

Die Masterarbeit von Carolin Gutman entstand im Studiengang Soziale Arbeit – Inklusion und Exklusion an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg unter Betreuung von Prof. Dr. Sonja Haug. Aufbauend auf einer Einführung in die Begriffe „politische Partizipation“ und „Frauen mit Migrationshintergrund“ wird der aktuelle Forschungsstand zum Thema präsentiert, der auf eine im Allgemeinen geringere politische Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung verweist.

Nach Gründen für die geringere politische Beteiligung wurde im Rahmen einer Gruppendiskussion mit sechs Frauen aus unterschiedlichen Herkunftsländern gesucht. Die Ergebnisse der Diskussion zeigen, dass die politische Beteiligung der Frauen insbesondere dadurch eingeschränkt wird, dass diese als „Luxusgut“ seitens der Teilnehmerinnen wahrgenommen wird. Zwar wird politische Partizipation von ihnen überwiegend als erstrebenswert im Sinne von bedeutend angesehen und aus diesem Grund auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten praktiziert, verschiedene aktuelle Einflussfaktoren schränken diese aber (zum Teil stark) ein. Die Ergebnisse der Gruppendiskussion verweisen zum einen auf den Bedarf an individueller Unterstützung von Frauen mit Migrationshintergrund, zum anderen an einer stärkeren Öffnung der Gesellschaft im Allgemeinen ihnen gegenüber.

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	7
2	Erläuterung der Schlüsselbegriffe	9
2.1	Politische Partizipation	9
2.1.1	Politische Partizipation – Ein Definitionsversuch	9
2.1.2	Formen und Kategorien politischer Partizipation.....	12
2.1.3	Zur Bedeutung politischer Partizipation	13
2.1.4	Politische Partizipation auf kommunaler Ebene	14
2.2	Frauen mit Migrationshintergrund	14
2.2.1	Migrant_innen, Ausländer_innen, Menschen mit Migrationshintergrund: Anmerkungen zu Begrifflichkeiten	15
2.2.2	Juristische Rahmenbedingungen für politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.....	17
3	Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland – aktueller Forschungsstand	19
3.1	Politische Partizipation in Deutschland – eine Bestandsaufnahme	19
3.2	Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland	21
3.2.1	Interesse für Politik.....	23
3.2.2	Beteiligung an Wahlen.....	24
3.2.3	Mitglied eines Parlaments	25
3.2.4	Ehrenamtliches Engagement in Organisationen	26
3.3	Gründe für die geringere politische Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund	28
3.4	Bedeutung der Steigerung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	29
3.5	Mögliche Maßnahmen zur Förderung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	31
4	Fragestellung	33

5	Empirische Untersuchung anhand einer Gruppendiskussion	34
5.1	Teilnehmerinnen der Gruppendiskussion	34
5.2	Vorbereitung und Ablauf der Gruppendiskussion	35
5.3	Datenaufbereitung und Datenanalyse	37
6	Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund – Ergebnisse einer Gruppendiskussion	40
6.1	Code-Netzwerk	40
6.2	Schlüsselkategorie: politische Partizipation in Deutschland als „erstrebenswerter Luxus“	41
6.2.1	Wahrnehmung von Politik als ambivalentes Konstrukt	42
6.2.2	Zentrale Bedeutung politischer Partizipation.....	43
6.2.3	Politisches Partizipationsverhalten der Teilnehmerinnen.....	46
6.2.4	Einflussfaktoren für politisches Partizipationsverhalten.....	47
6.2.4.1	Negative Einflussfaktoren	47
6.2.4.2	Positive Einflussfaktoren.....	51
7	Diskussion	54
7.1	Limitationen der Studie	54
7.2	Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Gruppendiskussion vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstandes.....	55
7.2.1	Erklärungsansätze für die geringere politische Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund	55
7.2.2	Möglichkeiten zur Steigerung der politischen Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund	58
8	Zusammenfassung und Ausblick	61
9	Literatur	64

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland; Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistisches Bundesamtes 2019	16
--	----

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Code-Netzwerk; Quelle: Eigene Darstellung	40
--	----

1 Einführung

Diana Kinnert (CDU), „DAS Nachwuchstalant“ (ZEIT Campus 2017) und gleichzeitig „[d]as modernste Gesicht der CDU“ (WeLT 2016). Sawsan Chebli (SPD), die Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales, die laut der ZEIT polarisiert wie keine andere deutsche Politikerin (ZEIT ONLINE 2019). Aminata Touré (Bündnis 90/Die Grünen), Landtagsvizepräsidentin in Schleswig-Holstein und „Signal, das Minderheiten Hoffnung geben kann“ (Süddeutsche Zeitung 2019). Es gibt zahlreiche Beispiele für Frauen mit Migrationshintergrund, die in der deutschen Politik aktiv sind. Die Tatsache, dass ihre politische Aktivität in vielen Fällen auf außergewöhnlich große mediale Resonanz stößt, zeigt allerdings auch: So zahlreich, dass die Attribute „Frau“ und „Migrationshintergrund“ keiner expliziten Erwähnung bedürften, sind die Beispiele nicht. Das öffentliche Interesse an Politikerinnen mit Migrationshintergrund ist oftmals sogar so breit, dass die Berichterstattung über sie Boulevardpresse-ähnliche Züge annimmt: Aus welchen Gründen hat sich Diana Kinnert dafür entschieden, die Basecap als ihr früheres Markenzeichen gegen einen Schlapphut einzutauschen (Frankfurter Allgemeine 2018)? Sind die „Shitstorms“, die Sawsan Chebli entgegenschlugen, weil sie sich kurz nach ihrer Berufung als Vize-Sprecherin des Auswärtigen Amtes mit einer Rolex-Armbanduhr hat ablichten lassen, gerechtfertigt (FOCUS ONLINE 2018)?

Die öffentliche Diskussion über diese und ähnliche Fragen führt besonders eindrucksvoll vor Augen, dass das Interesse an Politikerinnen mit Migrationshintergrund in vielen Fällen nicht vorrangig der von ihnen vermittelten politischen Inhalte gilt, so wie das bei ihren männlichen Kollegen meist der Fall ist. Es geht, so scheint es, vielmehr um das „Frau-sein“ beziehungsweise um das „Migrantin-Sein“ in der Politik. In diesem Sinne zeigt sich die deutsche Gesellschaft noch weit davon entfernt, die politische Aktivität von Frauen mit Migrationshintergrund als ebenso selbstverständlich (oder auch als ebenso wenig selbstverständlich) zu betrachten wie diejenige seitens der Gesamtbevölkerung. Dieser Umstand führt zu der Frage, ob und inwieweit sich die politische Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu derjenigen der Mehrheitsbevölkerung tatsächlich unterscheidet. Und falls Unterschiede zu verzeichnen sind – Wie kommen diese zu Stande? Diese Fragen sollen im Zentrum vorliegender Arbeit stehen.

Dazu erfolgt unter Punkt 2 zunächst eine Erläuterung der Schlüsselbegriffe „politische Partizipation“ und „Frauen mit Migrationshintergrund“. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass politische Partizipation deutlich mehr umfasst als die Parteiaktivität aus oben genannten Beispielen, was die relevanten Fragen für die vorliegende Arbeit noch vielschichtiger macht. In Punkt 3 wird zunächst der aktuelle Forschungsstand zum Thema politische Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland aufgezeigt. Weil sich aus diesem eine geringere politische Aktivität im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung ergibt, werden ebenfalls unter Punkt 3 Gründe für die geringere Beteiligung, sowie Maßnahmen zur Förderung dieser auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstandes, aufgezeigt. Unter Punkt 4 wird erläutert, dass die aktuellen Studien die

Frage nach den Gründen nicht zufriedenstellend beantworten kann und die hier präsentierte Arbeit aus diesem Grund einen Beitrag zur Ursachenforschung leisten möchte. Da insbesondere qualitative Studien im Forschungsbereich „politische Partizipation von Migrantinnen“ rar sind, wird für die vorliegende Arbeit das qualitative Datenerhebungsinstrument der Gruppendiskussion gewählt. In Punkt 5 wird das methodische Vorgehen beschrieben, bevor unter Punkt 6 die Ergebnisse präsentiert und in Punkt 7 diskutiert werden.

Die hier präsentierte Arbeit entstand im Rahmen des bayerischen Forschungsverbunds zur Zukunft der Demokratie (ForDemocracy). Sie ist Bestandteil der Kooperation zwischen den Forschungsprojekten „Demokratieakzeptanz und Partizipation von Geflüchteten (DePaGe)“ der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg unter der Leitung von Prof. Dr. Sonja Haug und „Frauen in die Kommunalpolitik (FRIDA)“ der Hochschule Landshut unter der Leitung von Prof. Dr. Barbara Thiessen.

2 Erläuterung der Schlüsselbegriffe

Um die Frage zu klären, ob und inwieweit sich die politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Vergleich zu Frauen ohne Migrationshintergrund unterscheidet – also jene Frage, die zu Beginn im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen soll – ist es unerlässlich, zunächst zentrale Begrifflichkeiten zu klären. Das betrifft insbesondere die Begriffe „politische Partizipation“ sowie „Frau mit Migrationshintergrund“.

2.1 Politische Partizipation

2.1.1 Politische Partizipation – Ein Definitionsversuch

Die deutsche Literaturlandschaft zum Begriff „politische Partizipation“ verweist an vielen Stellen auf den Politikwissenschaftler Max Kaase (vgl. Sauer 2016, S. 256; Van Deth 2014, S. 13; Müssig/Worbs 2012, S. 11; Van Deth 2009, S. 143; Cyrus/Vogel 2008, S. 6; Niedermayer 2005, S. 192). Nach Kaase ist Partizipation als Aktivität zu verstehen, die insbesondere an drei zentrale Merkmale gebunden ist: an ihre Bürgerlichkeit, ihre Freiwilligkeit und ihr politisches Ziel.

Unter Partizipation [...] werden in demokratisch verfaßten Ländern i.d.R. alle Tätigkeiten verstanden, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des [...] Politischen Systems zu beeinflussen (Kaase 1995, S. 521).

Kaase verwendet demnach einen instrumentellen Partizipationsbegriff. Nur eine Aktivität, die in ihrer Intention politisch ist, ist eine partizipative Aktivität. Ausgeschlossen sind damit alle Handlungen, die nicht zum Ziel haben, politische Folgen auszulösen, selbst wenn sie den Bereich der Politik im Grundsatz berühren - wie zum Beispiel „sich informieren über Politik“, etwa durch Fernsehen oder Zeitung lesen. Ausgeschlossen sind ebenso alle Handlungen, die ursprünglich nicht zum Ziel hatten, politische Folgen auszulösen, selbst wenn sie das im Endeffekt tun. (vgl. Kaase 1995, S. 521) Beispiele für solcherlei Handlungen lassen sich in der heutigen globalisierten Welt nahezu unendlich finden, da nie vollständig ausgeschlossen werden kann, dass eine Handlung auch (unabsehbare) politische Folgen hat. Kaases klare Eingrenzung des politischen Partizipationsbegriffs beziehungsweise seine klare Abgrenzung gegenüber Handlungen, die nicht als politische Partizipation gelten können, mag ein Grund dafür sein, warum in der heutigen Literatur so häufig auf seinen Partizipationsbegriff zurückgegriffen wird.

Denn spätestens seit Anfang der 1970er Jahre muss sich die Partizipationsforschung die Frage gefallen lassen, was genau als „politische Partizipation“ gelten darf und was nicht (vgl. Kaase 1995, S. 529; Van Deth 2009, S. 145f.) – eine Frage, die im Laufe der Zeit immer schwerer zu beantworten scheint. Was bis in die späten 1960er im politikwissenschaftlichen Diskurs in Bezug auf den Partizipationsbegriff noch klar und eindeutig erschien, geriet mit den in dieser Zeit in den USA beginnenden breiten Protestbewegungen ins Wanken. Galten zuvor ausschließlich Handlungen als politischer Partizipationsakt, die „etwas mit offizieller Politik“ nach allgemein gesellschaftlicher Akzeptanz zu tun hatten – wie etwa der Wahlakt, das Unterstützen von Wahlkampagnen oder die Mitgliedschaft in einer politischen Partei – so wurde mit den Protestbewegungen das Repertoire politischer Partizipation allmählich erweitert. Die Stimmen, die ihre eigene Beteiligung am Protest als „politisch“ einstufen, waren laut genug geworden, um eine Erweiterung politischer Partizipationsformen und damit eine Unterteilung in „konventionelle“ und „unkonventionelle“ Formen der Partizipation in der Politikwissenschaft zu etablieren.

Allerdings kann seit dieser Erweiterung die Frage nach der Definition und der Eingrenzung des Repertoires politischer Partizipation längst nicht als abgeschlossen gelten, sie hat sich vielmehr weiterhin verkompliziert. Welche Handlungen als politische Partizipation gelten und wie sich die vielfältigen Formen politischer Partizipation kategorisieren lassen, ist bis heute immer wieder hoch umstritten. Wie oben bereits erwähnt, ist der Rückgriff auf Kaases Definition einer „freiwilligen Aktivität eines Bürgers mit einem politischen Ziel“ in der Politikwissenschaft gebräuchlich. Und auch ohne den konkreten Rückgriff ist zu bemerken, dass Kaases Grundgedanke in anderen Definitionsansätzen enthalten ist. So beispielsweise bei Oscar Gabriel, der politische Partizipation als „Form[] der Einflussnahme der Bevölkerung auf Personal- und Sachentscheidungen im politischen System“ (Gabriel 1996, S. 282) beschreibt. Dennoch enthält auch Kaases Definition Elemente, die es kritisch zu hinterfragen gilt, insbesondere was die Gebundenheit des Begriffs der politischen Partizipation an ein politisches Ziel betrifft. So ist etwa die Politikwissenschaftlerin Bettina Westle überzeugt, dass politisches Wissen, das durch „Informiert-werden“ und „sich-informieren“ genährt wird, ausschlaggebend dafür ist, selbst politisch aktiv zu werden (vgl. Westle 2013, S. 215). In diesem Zusammenhang lässt sich die Frage stellen, ob und inwieweit es als politischer Partizipationsakt gelten kann, sich politisches Wissen anzueignen. Ebenso diskutierbar bleibt die Frage, inwieweit es in der globalisierten Welt überhaupt möglich ist, Handlungen auszuüben, die in ihrer Intention nicht politisch sind. Folgt man der Auffassung des Soziologen Zygmunt Bauman, gibt es in Zeiten der Globalisierung nichts, was isoliert betrachtet werden könnte (vgl. Bauman 2010, S. 6). Wenn aber jede Handlung auch Auswirkungen auf andere hat: schwingt dann im Handeln nicht immer auch eine politische Intention mit? Für Anhänger der Bauman'schen Theorie, die diese Frage mit „ja“ beantwortet wissen, ist die Definition des politischen Partizipationsaktes als Handlung mit politischer Intention nicht zielführend.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass der Definitionsraum in Bezug auf den Begriff „politische Partizipation“ im Laufe der Zeit eine kontinuierliche Erweiterung

erfährt, wie der Politikwissenschaftler Jan van Deth feststellt. Seit den 1990er Jahren etwa dürfen auch Formen des ehrenamtlichen Engagements aus der Sicht der Mehrzahl an Wissenschaftler_innen als politische Partizipationsformen gelten (vgl. van Deth 2009, S. 146). Die Herausforderung scheint heute also nicht darin zu liegen, politische Partizipationsformen aufzuzeigen, sondern vielmehr darin, zu untersuchen, ob und welche Handlungen es gibt, die als nicht politisch gelten können.

Jan van Deth versucht diesem Abgrenzungsproblem dadurch zu begegnen, dass er statt einer einzelnen, allumfassenden Definition eine „conceptual map“ (van Deth 2016, S. 3) – eine „konzeptionelle Karte“ – für den Begriff politische Partizipation liefert. Die „konzeptionelle Karte“ soll als Hilfsmittel dafür dienen, Handlungen auf ihre politische Partizipations-Eigenschaft hin zu untersuchen (vgl. van Deth 2016, S. 7). Dazu stellt der Politikwissenschaftler acht Fragen, mittels derer man Handlungen als „politisch partizipatorisch“ oder „politisch nicht partizipatorisch“ einstufen kann. Im Ergebnis liefert van Deths „konzeptionelle Karte“ folgende inhaltliche Kriterien für Akte der politischen Partizipation (vgl. Van Deth 2016, S. 10ff.):

Der jeweilige Akt sollte

1. Eine Handlung bzw. Aktivität darstellen
2. Freiwillig sein
3. Durch einen Bürger ausgeübt werden
4. Entweder im politischen Bereich der Gesellschaft angesiedelt sein,

oder

zum Ziel haben, das politische System zu beeinflussen,

oder

zum Ziel haben, gemeinschaftliche Probleme zu lösen,

oder

in einen politischen Kontext gesetzt werden,

oder

zum Ziel haben, politische Ziele und Intentionen auszudrücken.

Auffällig ist, dass auch van Deths Versuch, den politischen Partizipationsbegriff einzugrenzen, der Definition Max Kaases in allen vier Punkten sehr nah kommt. Neu bei van Deth ist, dass er den vierten Punkt, der das politische Ziel einer Aktivität behandelt, stärker ausdifferenziert und dass seine „konzeptionelle Karte“ im Allgemeinen mehr Spielraum lässt, neue Formen politischer Partizipation zu integrieren. Für die vorliegende Arbeit soll die Definition Max Kaases in Kombination mit dem Definitionsansatz Jan van Deths für den hier verwendeten Begriff der „politischen Partizipation“ grundlegend sein.

2.1.2 Formen und Kategorien politischer Partizipation

Die Frage, was genau als politische Partizipation gelten kann und was nicht hängt sehr eng mit der Frage zusammen, welche unterschiedlichen Formen der politischen Partizipation existieren und wie diese sich kategorisieren lassen. Dementsprechend wird letztere auf ähnlich vielfältige Art und Weise beantwortet wie erstere. So zählt van Deth nach Analyse verschiedener empirischer Studien bereits 70 unterschiedliche Formen politischer Partizipation, selbst wenn er einer eher groben Klassifizierung folgt (vgl. van Deth 2009, S. 146).

Dennoch lässt sich feststellen, dass bestimmte inhaltliche Kategorien in der Mehrzahl der Studien und Abhandlungen zur politischen Partizipation gebildet werden, wenn auch teilweise mit unterschiedlichen sprachlichen Bezeichnungen. Dazu gehört zum einen die Kategorie der „verfassten“ Formen politischer Partizipation – also jene, deren Ausübung in der Verfassung oder einer anderen öffentlichen Rechtschrift verankert ist – sowie ihr zugehöriger Gegenpart der „nicht verfassten“ Formen (vgl. Kaase nach Alemann in Kaase 1995, S. 521; Schulze 2015, S. 458; Gabriel 2014, S. 301). Zum anderen zählen dazu auch die Kategorien der „direkten“ und „indirekten“ politischen Partizipation (vgl. Kaase nach Alemann in Kaase 1995, S. 521; Schulze 2015, S. 458; Gabriel 2014, S. 313). Wie oben beschrieben ist auch seit den 1970er Jahren die Unterscheidung zwischen „konventionellen“ und „unkonventionellen“ Formen politischer Partizipation geläufig (vgl. Punkt 2.1.1) Weitere Kriterien, nach denen Formen der politischen Partizipation kategorisiert werden können, lassen sich fast unbegrenzt finden – angefangen von den Zielen der Beteiligung, über den genauen Gegenstand der Partizipation, bis hin zu deren Wirkung (vgl. Schulze 2015, S. 458f.; Gabriel 2014, S. 30, Van Deth 2009, S. 147f.).

Vor dem Hintergrund der Schwierigkeit der Kategorisierung soll in vorliegender Arbeit der Fokus auf die Untersuchung der Haupttypen politischer Partizipation gelegt werden, unabhängig von deren eindeutiger Zuweisung zu einer bestimmten Kategorie. In Bezug auf die Haupttypen stützt sich die hier präsentierte Arbeit – wie bereits bei der Definition des Begriffs „politische Partizipation“ – auf die Erkenntnisse Jan van Deths, der zahlreiche empirische Studien daraufhin untersucht hat, ob spezielle Formen von Partizipation in der Mehrzahl der Studien auf ähnliche Art und Weise erkannt worden sind (vgl. Van Deth 2009, S. 146ff.). Tatsächlich trifft dies auf folgende Formen zu:

¹ Oscar Gabriel spricht hier von „institutionalisierten“ und „nicht institutionalisierten“ Formen.

² Rainer-Olaf Schulze spricht hier von „direkt-demokratischen“ und „repräsentativ-demokratischen“ Formen.

³ Oscar Gabriel spricht hier von einer hohen oder niedrigen Entscheidungsrelevanz der Beteiligung in Bezug auf die tatsächliche Entscheidung.

- Beteiligung an Wahlen,
- Kampagnenaktivitäten,
- Kontaktieren von Behörden und Politiker_innen,
- Protestaktivitäten und Neue Soziale Bewegungen.

Auch ehrenamtliche Aktivitäten in Organisationen sind als Form der politischen Partizipation in der Mehrzahl der Studien erkannt worden, allerdings ist noch umstritten, ob sie als weiterer Haupttyp oder eher als Spezifikation eines bestehenden Typs gelten sollen. Van Deth führt außerdem an, dass neuere Formen der Partizipation – wie insbesondere das bewusste Konsumverhalten – in vielen Studien auch aufgrund ihres älteren Datums nicht identifiziert worden sind. Vor diesem Hintergrund sollen für die folgenden Formen als Haupttypen politischer Partizipation ergänzt werden:

- Freiwilliges Engagement in Organisationen,
- Bewusstes Konsumverhalten.

2.1.3 Zur Bedeutung politischer Partizipation

Zur Erläuterung des Schlüsselbegriffs der politischen Partizipation gehört im Hinblick auf die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit auch die Herausstellung der Bedeutung politischer Partizipation – für die Gesellschaft ebenso wie für das Individuum. Dass das Konzept der Partizipation eng mit demjenigen der Demokratie und damit mit dem vorherrschenden politischen System westlicher Gesellschaften verbunden ist, scheint wenig Erklärung zu bedürfen. Denn schließlich ist ein politisches System, das den Grundgedanken verkörpert, alle Macht vom Volk ausgehen zu lassen, auf die Beteiligung der Mitglieder dieses so genannten Volkes angewiesen. Um es mit van Deths Worten auszudrücken: „Wer Demokratie sagt, meint Partizipation“ (Van Deth 2009, S. 141).

Neben der Bedeutung der Partizipation für die Gesellschaft (vgl. auch das in Punkt 3.1.1 beschriebene instrumentelle Verständnis von Partizipation: Beteiligung als Mittel zum Zweck, politische Entscheidungen zu beeinflussen) ist es allerdings bedeutsam, an dieser Stelle auch ein normatives Verständnis von Partizipation aufzuzeigen. Dabei geht es in der Tradition Platons und Aristoteles' primär um den selbstverwirklichenden Charakter der Beteiligung (vgl. Van Deth 2009, S. 143). In diesem Sinne ist Partizipation notwendig für das mentale Wohlbefinden eines jeden Individuums (vgl. Van Deth 2014, S. 13). Seine Interessen zu artikulieren, sich in die Gesellschaft einzubringen und im Idealfall auch gehört zu werden – all das kann identitätsstiftend wirken und individuelle Zufriedenheit fördern. Rainer-Olaf Schulze weist darauf hin, dass nach dem normativen Partizipationsverständnis das politische Ziel der Aktivität nicht vernachlässigbar ist, sondern dass es neben diesem Ziel auch um die Aktivität an sich und deren Bedeutung für das Individuum geht (vgl. Schulze 2015, S. 458). Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Lester Milbrath hat für eines seiner Hauptwerke *Political Participation. How and*

why do people get involved in politics? ebendiese Mikroebene politischer Partizipation in den Fokus seiner Forschung gerückt und dabei zahlreiche intrinsische Motivationen ausmachen können, die Individuen zur politischen Beteiligung bewegen (vgl. Milbrath 1965).

2.1.4 Politische Partizipation auf kommunaler Ebene

Ebenso interessant wie die Analyse, was Individuen zur politischen Partizipation bewegt, ist die Betrachtung der Faktoren, warum die Mehrzahl der Menschen sich nicht aktiv dafür entscheidet, in Bezug auf die meisten Haupttypen politischer Partizipation aktiv zu werden. Van Deth führt an, dass für die meisten Menschen Politik „zu abstrakt“ (Van Deth/Tausendpfund 2013, S. 9) sei und „nur wenig Bedeutung für das Alltagsleben“ (Van Deth/Tausendpfund 2013, S. 9) habe. Eine Ausnahme kann hierbei der lokale Kontext bieten. Dort, wo Menschen niedrigschwellige Möglichkeiten haben, ihre Meinung auszudrücken, mit Politiker_innen zu sprechen, mit politischen Institutionen unmittelbar in Berührung zu kommen und die Auswirkungen ihres (politischen) Handelns auf Andere direkt zu erfahren, ist politische Partizipation überdurchschnittlich präsent, so van Deth. (vgl. van Deth 2013, S. 9).

Im Rückgriff auf den Denker Alexis de Tocqueville sprechen viele Autoren von Gemeinden als „Schulen der Demokratie“ (Westle 2013, S. 216; Geißel 2011, S. 25; Andersen/Roßtutscher 2007, S. 226; Bogumil/Holtkamp 2006, S. 9). Damit ist gemeint, dass in den Kommunen den Mitgliedern einer Gesellschaft die Bedeutung des demokratischen Prinzips besonders gut vor Augen geführt werden kann, unter anderem dank der überschaubaren und deswegen besser fassbaren Größe. Unmittelbare politische Erfahrungen aus den Gemeinden können das Demokratieverständnis, die Demokratieakzeptanz und damit auch die Bereitschaft zur politischen Partizipation ein Leben lang prägen⁴.

Freilich sind die Trennungslinien zwischen Partizipation auf Kommunalebene, Landes- und Bundesebene oft verschwommen. Vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung der kommunalen Ebene für die politische Beteiligung, soll in vorliegender Arbeit ebendiese Ebene aber im besonderen Fokus stehen, ohne die anderen dabei auszuschließen.

2.2 Frauen mit Migrationshintergrund

⁴ Vgl. dazu auch Van Deth/Tausendpfund, S. 9ff.

2.2.1 Migrant_innen, Ausländer_innen, Menschen mit Migrationshintergrund: Anmerkungen zu Begrifflichkeiten

Migrat_innen, Ausländer_innen, Menschen mit Migrationshintergrund: diese Begriffe scheinen in unterschiedlichen Kontexten teilweise unterschiedliche Bedeutungen zu haben und es ist nicht immer eindeutig, ob und mit welchen Konnotationen sie einhergehen. Um die Verwirrungen aufzulösen, scheint es unerlässlich, eindeutige Definitionen für die hier präsentierte Arbeit vorzunehmen.

Der Begriff Migrant_innen soll hier für alle Menschen gelten, die in Anlehnung an die Definition der Internationalen Organisation für Migration ihren Lebensmittelpunkt für längere oder kürzere Zeit verlegen. Dazu zählen sowohl Binnenmigrant_innen als auch solche, die über Landesgrenzen hinweg ausbeziehungsweise zuwandern. Auch ihr rechtlicher Status, die (Un-)Freiwilligkeit der Migration sowie die Gründe für die Migration sind für die Definition als Migrant_in unbedeutend (vgl. International Organisation for Migration 2019; United Nations 2019). Neben der weltweit größten Migrant_innengruppe, die aufgrund von Arbeitssuche oder der allgemeinen Aussicht auf eine bessere Lebensperspektive ihren Lebensmittelpunkt verlagert – Arbeitsmigrant_innen – sind auch Flucht-, Heirats-, Experten- und insbesondere Transmigrant_innen in der in vorliegender Arbeit verwendeten Definition mit eingeschlossen (Typologie der Migrationsarten nach Treibel, vgl. Treibel 2016, S. 23f.). Die relativ neue Form der Transmigration betrifft Personen, die sich mehreren Gesellschaften gleichzeitig verbunden fühlen und beispielsweise durch regelmäßige Besuche oder durch Geldüberweisungen an Verwandte mit Menschen aus dem Heimatland im regen Austausch stehen. Auch Akademiker_innen und andere Berufstätige, die an mehreren Orten Lebensmittelpunkte haben, zählen zur dieser Gruppe. Die Zahl der Transmigrant_innen dürfte in Deutschland nicht zu unterschätzen sein, da beispielsweise Deutschland-Türkei als bekannter transnationaler Raum gelten kann (vgl. Treibel 2016, S. 30; Hossain et al. 2016, S. 22).

Der Begriff der Ausländer_in ist wohl derjenige, der in der deutschen Alltagssprache am häufigsten mit negativen Konnotationen belegt ist. Nach Annette Treibel ist er als „Beziehungsbegriff“ (Treibel 2016, S. 20) zu bewerten, der oft dazu dient, subjektives Beziehungsempfinden gegenüber einem Menschen auszudrücken – so wird beispielsweise der/die Schwarzafrikaner_in eher als Ausländer_in bezeichnet, als dies bei einem/einer Österreicher_in der Fall ist (vgl. Treibel 2016, S. 20). In vorliegender Arbeit soll der Begriff der Ausländer_in als rein juristischer Begriff verwendet werden. Nach §2 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes ist jede Person Ausländer_in, die im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes nicht deutsch ist. In diesem Sinne werden hier Personen als Ausländer_innen bezeichnet, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Als Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland gelten in vorliegender Arbeit in Anlehnung an das Statistische Bundesamt⁵ sowohl

- a) Ausländer_innen, als auch
- b) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die diese nicht durch Geburt besitzen oder
- c) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die mindestens ein Elternteil aufweisen, der zur Gruppe a) oder b) gehört. (vgl. Statistisches Bundesamt 2019).

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die verschiedenen Personen mit Migrationshintergrund, die zu den Gruppen a), b) und c) gehören.

Aktuelle Staatsangehörigkeit	Geburtsland	
	Ausland	Deutschland
Ausländer_innen	a) Zugewanderte Ausländer_innen	a) In Deutschland geborene ausländische Personen
Deutsche	b) Eingebürgerte Zuwanderer_innen, Spätaussiedler_innen und Personen, die durch Adoption die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben	c) Deutsche mit mindestens einem ausländischen Elternteil oder mit mindestens einem Elternteil, der bei Geburt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. ⁶

Tabelle 1: Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland; Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2019

Auch der Begriff des Migrationshintergrunds scheint nicht voll zufriedenstellend definiert und wird immer wieder dafür kritisiert, dass er zu viele Untergruppen unter einem Dach zu vereinen versucht und damit Heterogenität nicht anerkennt (vgl. Treibel 2016, S. 27; Hossain et al. 2016, S. 26). Andererseits macht diese Inklusion verschiedener Untergruppen in Wissenschaft, Politik und Alltagssprache auch seine Stärke aus, da keine Gruppe sprachlich ausgeschlossen wird. Zudem macht die Möglichkeit der Differenzierung zwischen aktueller Staatsangehörigkeit und der Staatsangehörigkeit bei Geburt klar, dass diese Faktoren für das Leben in

⁵ Der Migrationshintergrund wird durch den Mikrozensus erst seit dem Jahr 2005 erfasst. Davor war es lediglich möglich, zwischen Ausländer_innen und deutschen Staatsangehörigen zu unterscheiden. Diese Unterscheidung wurde wegen der großen Zahl an (Spät-)aussiedler_innen und Eingebürgerten als immer weniger aussagekräftig angesehen.

⁶ Innerhalb der Gruppe c) unterscheidet das Statistische Bundesamt zwischen Personen mit Migrationshintergrund im engeren und im weiteren Sinne. Der Migrationshintergrund im weiteren Sinne betrifft auch in Deutschland geborene Deutsche, die mindestens einen Elternteil aus den Gruppen a) oder b) aufweisen können und *nicht* (mehr) mit ihren Eltern in einem gemeinsamen Haushalt leben (vgl. Statistisches Bundesamt 2019).

Deutschland durchaus von Relevanz sein können. Die Verwendung des Begriffs scheint für vorliegende Arbeit demnach angemessen.

2.2.2 Juristische Rahmenbedingungen für politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Neben der Erläuterung der Begrifflichkeit „mit Migrationshintergrund“ ist es ebenso unerlässlich, auf Aspekte juristischer Rahmenbedingungen für Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland einzugehen. Nur mit dem Wissen, welche Formen der politischen Partizipation einer bestimmten Gruppe offen stehen, kann eine Analyse der tatsächlichen politischen Partizipationsakte dieser Gruppe getroffen werden. Ausgehend von den in Punkt 3.1.2 definierten Haupttypen politischer Partizipation ist festzustellen, dass die Mehrzahl möglicher politischer Partizipationsakte allen Menschen mit Migrationshintergrund – eingeschlossen der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit – ebenso offen steht wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Behörden und Politiker_innen zu kontaktieren, an Protesten teilzunehmen, sich in der Freiwilligenarbeit zu engagieren, sowie über sein eigenes Konsumverhalten zu entscheiden: All das ist allen in Deutschland lebenden Personen – zumindest aus juristischer Sicht – uneingeschränkt möglich. Auch die Entscheidung, Kampagneaktivitäten durchzuführen, steht jeder Person in Deutschland weitgehend offen. Das gilt auch für solche, die eine Mitgliedschaft in einer Partei voraussetzen. Denn die Mitgliedschaft in einer Partei ist laut Parteiengesetz nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit definiert. Es ist lediglich festgesetzt, dass Ausländer_innen nicht die Mehrheit der Mitglieder der Partei oder des Parteivorstands ausmachen dürfen (Parteiengesetz, §2 Artikel 3 Absatz 1). Jede Partei kann frei über die Aufnahme ihrer Mitglieder entscheiden (Parteiengesetz, §10). Tatsächlich erlauben alle großen Parteien in Deutschland Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit die Mitgliedschaft⁷. An dieser Stelle ist allerdings auch auf Kampagneaktivitäten hinzuweisen, die die deutsche Staatsangehörigkeit voraussetzen. Die Beteiligung an Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ist – wie der Name es sagt – nur denjenigen Menschen möglich, die sich als Bürger_innen der Bundesrepublik ausweisen können (vgl. Roth 2018, S. 635)

Auch und insbesondere in Bezug auf den politischen Partizipationsakt „Beteiligung an Wahlen“ bestehen für viele Menschen mit Migrationshintergrund erhebliche juristische Einschränkungen. So ist der Wahlakt in Deutschland grundsätzlich deutschen Staatsangehörigen vorbehalten (vgl. Korte 2009). Eine Ausnahme

⁷ Uneingeschränkte Mitgliedschaft für Menschen ohne deutschen Pass gilt bei der SPD (vgl. SPD 2019), Bündnis 90/Die Grünen (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2019) der FDP (vgl. FDP 2019) und der AfD (vgl. AfD 2019); Die CDU setzt für Bürger_innen aus Drittstaaten in der Regel einen Mindestaufenthalt von einem Jahr voraus (vgl. CDU 2019); die CSU setzt für Bürger_innen aus Drittstaaten einen Mindestaufenthalt in Deutschland von drei Jahren voraus (vgl. CSU 2019).

bilden Bürger_innen der Europäischen Union, die in Deutschland ihren dauerhaften Wohnsitz haben. Nach der Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 dürfen sie an Kommunalwahlen teilnehmen, auch wenn sie keinen deutschen Pass besitzen. Die einzige Möglichkeit für Bürger_innen aus Drittstaaten ohne deutschen Pass, demokratische Mitbestimmung durch Wahlen zu erzielen, ist die Mitwirkung in Ausländer- und Integrations(bei)räten. Wahlberechtigt sind hier alle volljährigen Ausländer_innen aus der Europäischen Union oder aus Drittstaaten. Für Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, besteht die Möglichkeit, sich auf Antrag in das Wähler_innenverzeichnis der Ausländer- und Integrations(bei)räte eintragen zu lassen. Ausländerbeiräte besitzen beratende Funktion in allen Belangen, die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen. Da sie jedoch über keine rechtliche Entscheidungskompetenz verfügen, ist ihr tatsächlicher Einfluss auf politische Entscheidungen stark von der jeweiligen politischen Struktur auf kommunaler Ebene abhängig. Im Gegensatz dazu verfügen Integrations(bei)räte über eigene Entscheidungskompetenzen, die über eine veränderte Zusammensetzung erreicht wird⁸. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass Ausländerbeiräte zunehmend von Integrations(bei)räten abgelöst werden (vgl. Wilmes 2018).

⁸ Ausländerbeiräte bestehen aus Mitgliedern, die von Wahlberechtigten gewählt worden sind. Integrationsräte bestehen zum Teil aus Mitgliedern, die von Wahlberechtigten gewählt worden sind. Ein weiterer Teil wird von den im Rat vertretenen Fraktionen entsandt. Integrationsbeiräte setzen sich aus Mitgliedern des Stadtrats, Vertretern verschiedener Migrant*innenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und anderer Institutionen, sowie aus weiteren Experten auf dem Gebiet der Integration zusammen.

3 Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland – aktueller Forschungsstand

3.1 Politische Partizipation in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

In der Bundesrepublik Deutschland gehört die politische Beteiligung zu den Grundrechten eines/einer jeden/r Bürgers/Bürgerin, die laut Verfassung garantiert sind. Grundlegend ist dabei der Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Nicht nur auf Ebene des Bundes, sondern auch auf Länderebene wird das Recht auf politische Beteiligung durch die Verfassung geschützt und durch zahlreiche Gesetze gestärkt (vgl. Gabriel 2014, S. 29). Das deutsche Partizipationssystem ist auch im internationalen Vergleich hoch entwickelt und lässt vielfältige Arten der Beteiligung zu (vgl. Gabriel 2014, S. 31).

Wie stark das Partizipationsrecht und welche der damit verbundenen Möglichkeiten zur Beteiligung von den Bürger_innen auch genutzt werden, hat im Geschichtsverlauf der Bundesrepublik allerdings stark variiert. Seit den 1970er Jahren lässt sich ein gradueller Rückgang der sogenannten „konventionellen“ Partizipationsformen – insbesondere in Bezug auf Teilnahme an Wahlen und parteibezogener Kampagneaktivitäten – beobachten, wohingegen „unkonventionelle“ Formen – wie Protestaktivitäten oder das ehrenamtliche Engagement in Organisationen – auf dem Vormarsch sind. Parallel zu der Zunahme unkonventioneller Partizipationsformen lässt sich ein Rückzug vieler Bürger_innen ins Private beobachten, der viel Raum für Interpretation aufspannt (vgl. Schulze 2015, S. 460). Einerseits kann er als Ausdruck von Zufriedenheit mit der Politik gedeutet werden⁹, andererseits aber als „Entfremdung der Bürger von Prozessen und Institutionen etablierter Politik“ (Schulze 2015, S. 460).

Folgt man dem politischen Theoretiker Colin Crouch, so ist das Ausmaß an politischer Beteiligung in heutigen westlichen Demokratien – die er als „Postdemokratien“ bezeichnet – ganz eindeutig dem Phänomen der Entfremdung zuzuordnen. Die Gründe dafür, warum sich innerhalb postdemokratischer Strukturen immer weniger Menschen mit Politik identifizieren können, liegen für Crouch auf der Hand. Die Konfliktscheuheit innerhalb und zwischen Parteien, die um Wählerstimmen fürchten, die zunehmende inhaltliche Angleichung der Parteien aneinander, die fehlenden zeitgemäßen Kommunikationsstrukturen der Parteien sowie das steigende Interesse von Bürgern an spezifischen Themen statt an einer breiten Themenpalette: all das führt in den Augen des Theoretikers dazu, dass die Entfremdung zwischen Bürger_innen und Politik unaufhaltsam

⁹ Vgl. dazu auch Van Deth 2009, S. 156f.: Van Deth weist darauf hin, dass geringeres bürgerliches Interesse an Politik nicht zwingend negativ sein muss, sondern auch als Zufriedenheit der Bürger_innen mit der Politik gedeutet werden kann.

voranschreitet. Die Partizipationsform, die bleibt, sind Proteste und Neue Soziale Bewegungen – eine Entwicklung, in der Crouch ein enormes Potential sieht (vgl. Crouch 2015, S. 12ff.).

An dieser Stelle ist es wichtig, festzuhalten, dass trotz des Rückgangs konventioneller Partizipationsformen, den Theoretiker_innen und Empiriker_innen gleichermaßen feststellen können, die Beteiligung an Wahlen über die Jahre hinweg bis heute dennoch die mit Abstand meist genutzte Form politischer Beteiligung darstellt. So zeigt van Deth mittels Analyse von ALLBUS10-Daten aus den Jahren 1988 und 1998 auf, dass „wählen gehen“ neben der sehr allgemein gefassten Kategorie „seine Meinung sagen“ der einzige politische Partizipationsakt ist, der von einer Mehrzahl der Bürger_innen ausgeführt wird (vgl. Van Deth 2009, S. 149). Auch Rainer-Olaf Schulze weist darauf hin, dass insbesondere die Teilnahme an Wahlen „generell und unverändert mehrheitlich als staatsbürgerliche Pflicht begriffen [wird]“ (Schulze, S. 459).

Was die Verteilung der politischen Beteiligung unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen betrifft, so gilt die von Oskar Gabriels zitierte „uralte Erkenntnis, dass politisches Engagement in einer Gesellschaft selbst dann nicht gleich verteilt ist, wenn alle Mitglieder der politischen Gemeinschaft über die gleichen Rechte verfügen“ (Gabriel 2014, S. 36). Zusammen mit vielen anderen Forscher_innen stellt er fest, dass politische Partizipation in bestimmten Bevölkerungsgruppen besonders stark beziehungsweise weniger stark verbreitet ist. Ausschlaggebende Merkmale scheinen Geschlecht¹¹, Alter, Bildungshintergrund, sozio-ökonomischer Status und Migrationshintergrund¹² zu sein. Die empirischen Daten weisen darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit zur politischer Partizipation steigt, je mehr der folgenden Kategorien die jeweilige Person erfüllt: Mann¹³ (vgl. Gabriel 2014, S. 36ff.; Van Deth 2009, S. 153; Kaase 1995, S. 524f.), mittlere Altersgruppe (vgl. Gabriel 2014, S. 36ff.; Kaase 1995, S. 524f.), hohe schulische Bildung (vgl. Gabriel 2014, S. 36ff.; Van Deth 2009, S.153), hoher sozioökonomischer Status (vgl. Schulze 2015, S. 459f.; Sauer 2016, S. 274; Gabriel 2014, S. 36ff.; Kaase 1995, S. 524f.), kein Migrationshintergrund (vgl. Roth 2018, S. 630; Gabriel 2014, S. 36ff.; Cyrus/Vogel 2008, S. 35).

Allerdings gestaltet sich die Suche nach Erklärungen für politisches Partizipationsverhalten sehr viel komplexer als die Zuordnung einer Person zu bestimmten Gruppen. Die Entscheidung für oder gegen politische Beteiligung ist an eine Vielzahl weiterer Faktoren gebunden, die in der Wissenschaft immer wieder neu erörtert werden. Dazu gehören beispielsweise das politische Selbstbewusstsein einer Person beziehungsweise die Gewissheit, mit ihrer Aktivität etwas erreichen

¹⁰ ALLBUS: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften.

¹¹ Vgl. hierzu auch Punkt 3.2.

¹² Vgl. hierzu auch Punkt 3.3.

¹³ An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass bei Formen unkonventioneller politischer Beteiligung der Unterschied bezüglich des Beteiligungsgrades zwischen Frauen und Männern geringer ausgeprägt ist als bei Formen konventioneller politischer Beteiligung (vgl. Kaase 1995, S. 525).

zu können (vgl. Van Deth 2009, S. 153f., Gabriel 2014, S. 39), ihr politisches Interesse (vgl. Gabriel 2014, S. 39), oder auch ihre politische Orientierung (vgl. Van Deth 2009, S. 153, Gabriel 2014, S. 39). Insbesondere ist auch zu bedenken, dass die Entscheidung für politisches Aktiv-werden stark mit äußeren Rahmenbedingungen verknüpft ist. Nur dort, wo es Anreize und Möglichkeiten gibt, aktiv zu werden, können diese Möglichkeiten auch wahrgenommen werden (vgl. Van Deth 2009, S.152; Gabriel 1996, S. 282).

3.2 Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Bevor die bisherigen empirischen Befunde zur politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland vorgestellt werden können, ist es wichtig zu erwähnen, dass die Datengrundlage zur politischen Partizipation im Allgemeinen eher schwach ausgeprägt ist. Bei den wenigen Forschungsvorhaben, die sich diesem Thema bisher gewidmet haben, lag der Fokus auf quantitativer Datenerhebung. Die schwache Datenlage fällt insbesondere im Vergleich zu anderen gesellschaftlich bedeutenden Themen, wie beispielsweise Erwerbstätigkeit oder Bildung (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 12), ins Gewicht. Müssig und Worbs machen mit ihrem Bericht Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland auf ebendiesen Missstand aufmerksam (vgl. Müssig/Worbs, S. 12) und analysieren insbesondere Daten der ESS14 und der GLES15, um diesem entgegenzuwirken (vgl. Punkt 3.2.1). Auch Wittlif und Litta tragen mit ihrem Policy Brief Schwarz rot grün – Welche Parteien bevorzugen Zuwanderer? dazu bei, mehr Wissen über Menschen mit Migrationshintergrund und deren Handlungen im Bereich der politischen Partizipation zusammenzutragen (vgl. ebenfalls Punkt 3.2.1). Dazu nutzen sie sowohl Daten aus dem SVR16-Integrationsbarometer, als auch aus ihrer im Jahr 2015 durchgeführten repräsentativen Telefonumfrage mit 5396 Teilnehmer_innen (mit und ohne Migrationshintergrund). Was die Analyse des freiwilligen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund betrifft, so kann Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014 von Simonson et al. als gute Analyse-Grundlage dienen. Mit 28.690 Befragten Menschen im Jahr 2014 bietet er eine detaillierte und umfassende Erhebung zum Thema bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, das auch Menschen mit Migrationshintergrund betrifft (vgl. Punkt 3.2.4).

¹⁴ ESS: European Social Survey.

¹⁵ GLES: German Longitudinal Election Study.

¹⁶ SVR: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Der SVR ist eine Initiative folgender Stiftungen: Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Vodafone Stiftung Deutschland.

Noch schwieriger als die Suche nach empirischen Befunden zur politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gestaltet sich jene nach Erkenntnissen zur politischen Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund. Zwar weisen die oben genannten Studien zur politischen Partizipation (von Migrant_innen) auf interessante Aspekte bezüglich der Gender-Thematik hin, behandeln diese aber – wenn überhaupt – nur am Rande. Als Ausnahme kann hier die Studie Intersektionale Analyse der Parlamente. Repräsentation von MigrantInnen in bundesdeutschen Parlamenten von Holtkamp et al. gelten, die explizit versucht, diese Forschungslücke wenn nicht zu schließen, so zumindest zu verkleinern (vgl. Hossain et al., S. 235). Auf diese Studie aufbauend wurde das Werk Partizipation. Migration. Gender von Hossain et al. veröffentlicht. Ziel war es, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Kommunalparlamenten zu analysieren und um das bisher wenige Wissen über diese Menschen – insbesondere Frauen – mit Migrationshintergrund, die in Kommunalparlamenten aktiv sind, zu erweitern (vgl. Punkt 3.2.3). Außerdem erwähnenswert ist das Mixed-Method-Design der Studie, da im Gegensatz zu den oben genannten Forschungsunternehmen auch qualitative Elemente mit einbezogen wurden. Bei 691 Parlamenten aus Kommunen mit über 20.000 Einwohnern haben Holtkamp et. al eine Interneterhebung mit aufbauender E-Mail-Erhebung durchgeführt. Ebenso wurde sowohl eine quantitative Befragung von 1835 Vertreter_innen aus Kommunalparlamenten mittels Fragebogen, als auch eine qualitative Befragung ausgewählter Vertreter_innen durchgeführt.

Im Allgemeinen muss laut Erkenntnissen der oben genannten Studien und wie in Punkt 3.1. bereits erwähnt festgestellt werden, dass Frauen mit Migrationshintergrund doppelt von Unterrepräsentation auf dem Gebiet der politischen Partizipation betroffen sind. Demnach gehören sowohl Frauen im Vergleich zu Männern¹⁷ (vgl. Gabriel 2014, S. 36ff.; Van Deth 2009, S. 153; Kaase 1995, S. 524f.) als auch Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund (vgl. Roth 2018, S. 630; Sauer 2016, S. 274; Gabriel 2014, S. 36ff.; Cyrus/Vogel 2008, S. 35) zu den politikferneren Gruppen. Interessant ist hierbei, dass der Grad der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund sich im Generationenverlauf häufig an denjenigen der Menschen ohne Migrationshintergrund angleicht (vgl. Sauer 2016, S. 275; vgl. Punkt 3.2.1 bis 3.2.4). Bemerkenswert ist beispielsweise das Ergebnis der Untersuchungen Müssigs und Worbs' zu Formen nicht-elektoraler Beteiligung¹⁸. Sie stellen hier fest, dass diese von Personen mit Migrationshintergrund der 1. Generation weniger genutzt werden als von Personen ohne Migrationshintergrund, dass sich das Verhältnis aber in der 2. Generation

¹⁷ Max Kaase weist allerdings darauf hin, dass bei Formen unkonventioneller politischer Beteiligung der Unterschied bezüglich des Beteiligungsgrades zwischen Frauen und Männern geringer ausgeprägt ist als bei Formen konventioneller politischer Beteiligung (vgl. Kaase 1995, S. 525).

¹⁸ Müssig und Worbs definieren auf Grundlage von ESS-Daten (ESS: European Social Survey) als Formen nicht elektoraler Beteiligung die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung, das Kontaktieren eines Politikers, die Teilnahme an einer Demonstration, sowie die Mitarbeit in einer politischen Partei oder Gruppierung.

umkehrt. Demnach nutzen Personen mit Migrationshintergrund der 2. Generation häufiger Formen nicht-elektoraler Beteiligung als dies Menschen ohne Migrationshintergrund tun (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 36ff.). Die Dauer des Aufenthalts sowie die gegebenenfalls gemachten Erfahrungen im Herkunftsland scheinen eine wichtige Rolle in Bezug auf die Entscheidung für oder gegen politische Beteiligung zu sein (vgl. Punkt 3.3).

Die generell festzustellende geringere politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund soll in vorliegender Arbeit anhand verschiedener Bereiche aufgezeigt werden. Bezüglich der oben definierten Bereiche politischer Beteiligung liegen empirische Befunde zu den Kategorien „Beteiligung an Wahlen“, sowie „Ehrenamtliches Engagement in Organisationen“ vor. Außerdem sollen die Bereiche „Interesse an Politik“ und „Mitglied eines Parlaments“ mitberücksichtigt werden, weil sie interessante Rückschlüsse auf den Stand der Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich politischer Partizipation liefern können.

3.2.1 Interesse für Politik

Wie Müssig und Worbs feststellen, ist das Interesse beziehungsweise das Bewusstsein für politische Belange bei Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen schwächer ausgeprägt als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Wichtig ist hierbei die Erkenntnis, dass sich die Fähigkeit, politische Inhalte zu verstehen, bei beiden Gruppen nicht unterscheidet. Jedoch sind Personen ohne Migrationshintergrund von ihrer Kompetenz hinsichtlich politischer Meinungsbildung stärker überzeugt als Personen mit Migrationshintergrund der 1. Generation. Zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Zuwander_innen der 2. Generation besteht diesbezüglich kein Unterschied mehr (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 5). Auch interessieren sich Menschen mit Migrationshintergrund umso mehr für politische Belange in Deutschland, je länger sie dort schon ihren Wohnsitz haben. So geben Zuwander_innen der 1. Generation häufiger an, gar kein (15,7%) oder wenig Interesse (41,5%) an politischen Themen zu haben als jene der 2. Generation (7,4% haben kein, 33,9% wenig Interesse an Politik – ähnlich wie bei Personen ohne Migrationshintergrund). Personen mit Migrationshintergrund der 1. Generation, die zehn Jahre und weniger in Deutschland sind, erreichen hierbei die höchsten Werte (17,3% haben kein, 51,3% wenig Interesse an Politik). Auch die Staatsangehörigkeit spielt eine Rolle. Personen mit Migrationshintergrund mit deutschem Pass interessieren sich tendenziell häufiger für deutsche Politik als jene ohne deutsche Staatsangehörigkeit (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 21ff.).

Bei der Identifikation mit einer bestimmten Partei, die häufig mit dem Interesse für Politik einhergeht, lässt sich laut Müssig und Worbs ein ähnliches Muster erkennen. Parteineigungen sind bei Personen mit Migrationshintergrund der 1. Generation (38,7% bevorzugen eine Partei) deutlich schwächer ausgeprägt als bei

Personen mit Migrationshintergrund der 2. Generation (46,8%) und bei Personen ohne Migrationshintergrund (49,1%) (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 28). Gegensätzlich zu Müssigs und Worbs' Erkenntnissen stellen Wittlif und Litta fest, dass bezüglich der Parteineigung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund keine signifikanten Unterschiede feststellbar sind. Laut Wittlif und Litta präferieren jeweils knapp 70 % eine bestimmte politische Partei (Wittlif/Litta 2016, S. 9) – eine deutliche Abweichung von Müssigs und Worbs' Zahlen. Allerdings stimmen beide Autorenpaare darin überein, dass mit steigender Aufenthaltsdauer die Identifikation mit einer bestimmten Partei zunimmt (vgl. Wittlif/Litta 2016, S. 10). Müssig und Worbs fügen hinzu, dass auch die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft die Wahrscheinlichkeit einer Parteineigung erhöht (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 28f.). Auf einen weiteren Befund Wittlifs und Littas soll an dieser Stelle besonders hingewiesen werden: Während die Gesamtheit an Personen mit Migrationshintergrund eine ähnlich starke Parteineigung aufweisen wie Personen ohne Migrationshintergrund, so ist das bei Frauen mit Migrationshintergrund weniger oft der Fall. Insbesondere bei Türkeistämmigen und (Spät-)Aussiedler_innen ist der Anteil an Frauen, die sich mit einer bestimmten Partei identifizieren, signifikant geringer als der derjenige an Männern (vgl. Wittlif/Litta 2016, S. 10ff.)

Was die Art der Parteineigungen der Menschen mit Migrationshintergrund betrifft, so weisen sowohl Müssig und Worbs als auch Wittlif und Litta darauf hin, dass diese nicht mehr automatisch und insbesondere nicht dauerhaft durch das Herkunftsland bestimmt werden. Während die traditionelle Bindung von Türkeistämmigen zur SPD und die Präferenz von (Spät-)Aussiedler_innen gegenüber den Unionsparteien lange als verlässlich galten, ist derzeit eine Aufweichung dieser Neigungen – insbesondere bei den (Spät-)Aussiedler_innen – zu beobachten (vgl. Wittlif/Litta 2016, S. 5; Müssig/Worbs 2012, S. 6).

3.2.2 Beteiligung an Wahlen

Um die Beteiligung an Wahlen von Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund angemessen analysieren zu können, ist es wichtig, sich die juristischen Rahmenbedingungen für eine Beteiligung an in Deutschland stattfindenden Wahlen vor Augen zu halten. Nur diejenigen Personen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind in Bezug auf die Möglichkeiten zur Wahlbeteiligung mit Menschen ohne Migrationshintergrund gleichgestellt (vgl. Punkt 2.2.2). Demnach beträgt der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund bei allen in Deutschland lebenden Personen 23,6% (Bundeszentrale für politische Bildung 2018), bei den in Deutschland lebenden Wahlberechtigten allerdings nur 10,2% (Mediendienst Integration 2019). Diese Zahlen verdeutlichen bereits ohne die Analyse von Erkenntnissen aus empirischen Studien, dass Menschen mit Migrationshintergrund von der politischen Partizipationsform „Beteiligung an Wahlen“ weitestgehend ausgeschlossen sind. Diese Feststellung ist im Hinblick auf

das Forschungsinteresse vorliegender Arbeit umso markanter, wenn der Befund hinzugezogen wird, dass „wählen gehen“ die von der Gesamtbevölkerung am häufigsten genutzte Form politischer Partizipation darstellt (vgl. Punkt 3.1).

Was die Wahlbeteiligung von wahlberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund angeht, liegen keine amtlichen Daten vor. Die Mehrzahl an Forscher_innen teilt allerdings die Annahme, dass die oben beschriebene, durch juristische Rahmenbedingungen gesetzte, Unterrepräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund durch die geringere Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund verstärkt wird. Gleichzeitig wird aber darauf hingewiesen, dass Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund der 2. Generation nur noch geringe Unterschiede zu Wahlberechtigten ohne Migrationshintergrund in Bezug auf die Wahlbeteiligung aufweisen (vgl. Roth 2018, S. 643; Müssig/Worbs 2012, S. 31f.).

3.2.3 Mitglied eines Parlaments

Zwar kann die Mitgliedschaft in einem Parlament nicht als politischer Partizipationsakt gelten¹⁹, jedoch kann die Analyse des Repräsentationsgrades von Menschen mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten interessante Aspekte für das Forschungsinteresse vorliegender Arbeit aufzeigen. Denn nur wer sich politisch einbringt und mitbestimmen möchte, hat Chancen, Mitglied eines Parlaments zu werden. Wenn eine bestimmte Gruppe also in Parlamenten unter- oder überrepräsentiert ist, kann das ein Hinweis darauf sein, dass der Grad an politischer Partizipation dieser Gruppe entsprechend gering beziehungsweise hoch ist.

Auch in Bezug auf die Mitgliedschaft in einem Parlament liegen keine offiziellen Daten zum Anteil von Personen mit Migrationshintergrund vor. Die umfassenden Studien von Holtkamp et al. liefern aber aufschlussreiche Ergebnisse im Hinblick auf die Repräsentation von Migrant_innen in Kommunalparlamenten. Zum einen kann festgestellt werden, dass Menschen mit Migrationshintergrund gemessen an ihren Bevölkerungsanteilen in Kommunalparlamenten stark unterrepräsentiert sind (vgl. Hossain et al. 2016, S. 111; Holtkamp et al. 2013, S. 33). Zum anderen ist zu bemerken, dass Frauen von dieser Unterrepräsentation besonders stark betroffen sind. Demnach liegt der Anteil an Männern mit Migrationshintergrund in deutschen Kommunalparlamenten bei 1,8%, derjenige an Frauen bei knapp 1 % (vgl. Hossain et al. 2016, S. 104; Holtkamp et al. 2013, S. 35). Auch unabhängig vom Migrationshintergrund sind Frauen in deutschen Kommunalparlamenten stark unterrepräsentiert. Als deutlich überrepräsentierte Gruppe sticht diejenige der Männer ohne Migrationshintergrund hervor – ihr Anteil liegt bei 71 % (vgl. Hossain

¹⁹ Politische Partizipationsakte können wie in Punkt 2.1.2 beschrieben nur von Personen in ihrer Rolle als Bürger_in – nicht etwa als Politiker_in – ausgeführt werden.

et al., S. 236). Darüber hinaus machen Holtkamp et al. auf ein besonderes Phänomen aufmerksam: Der prozentuale Frauenanteil unter Mitgliedern mit Migrationshintergrund ist signifikant höher als derjenige unter Mitgliedern ohne Migrationshintergrund. Holtkamp et al. führen dieses Ergebnis auf die „Strategie der Doppelquote“ zurück. Damit ist die Tendenz der Parteien gemeint, im Idealfall Kandidat_innen zu akquirieren, die zwei unterrepräsentierte Gruppen auf einmal verkörpern: Frau und Migrantin (vgl. Hossain et al. 2016, S. 197f.; Holtkamp et al. 2013, S. 34).

Als Faktoren, die signifikanten Einfluss auf die Repräsentationsrate von Menschen mit Migrationshintergrund nehmen, nennen die Autoren zum einen die Größe der Kommune (vgl. Hossain et al. 2016, S. 107; Holtkamp et al. 2013, S. 34f.) und zum anderen die politische Ausrichtung des Parlaments. Je größer die Kommune und je höher der Anteil an links-gerichteten Parteien in einem Parlament, desto höher fällt in der Regel der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund innerhalb dieses Parlaments aus (vgl. Hossain et al., S. 236). Dabei sind deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern zu erkennen. Während Hessen die höchsten Repräsentationsquoten verzeichnen kann, bildet Bayern das Schlusslicht unter den westdeutschen Bundesländern. Die ostdeutschen Bundesländer erreichen im Allgemeinen schlechtere Repräsentationswerte in Bezug auf Migrant_innen (vgl. Hossain et al., S. 107ff.) und Frauen als westdeutsche (vgl. Hossain et al., S. 236f.).

3.2.4 Ehrenamtliches Engagement in Organisationen

Der Freiwilligen-Survey 2014 zeigt Unterschiede im freiwilligen Engagement sowohl zwischen Frauen und Männern, als auch zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund auf, kann allerdings keine expliziten Ergebnisse zum Engagement von Frauen mit Migrationshintergrund liefern. Aus diesem Grund werden die Ergebnisse aus dem Survey zu den Gruppen „Frauen“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ hier getrennt voneinander vorgestellt.

Laut den für den Freiwilligen-Survey 2014 durchgeführten Umfragen sind Männer im Vergleich zu Frauen häufiger engagiert. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern gestaltet sich allerdings geringer als bei den Umfragen im Jahr 1999. Besonders selten engagieren sich Frauen mit niedrigem Bildungsniveau, wobei der bildungsspezifischen Unterschied deutlich höher zu Buche schlägt als der geschlechtsspezifische. Im Hinblick auf Leitungsfunktionen ist der geschlechtsspezifische Unterschied deutlicher zu erkennen. Außerdem orientieren Frauen ihr Engagement häufiger an der Familienphase als Männer, weshalb ihr Engagement insbesondere in soziale Bereiche fällt, die sich gut mit Familie vereinbaren lassen (vgl. Simonson et al. 2014, S. 643f.).

Ebenso wie Frauen im Vergleich zu Männern, so sind auch Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund in einem geringeren Maß freiwillig engagiert (vgl. Jagusch 2017, S. 115; Simonson et

al. 2014, S. 615). Aus dem Freiwilligen-Survey geht hervor, dass 31,5 % der Menschen mit Migrationshintergrund freiwillig engagiert sind – bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sind es 46,8%. Allerdings sind auch hier deutliche Unterschiede je nach Aufenthaltsdauer und -status zu verzeichnen. Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, sind ähnlich häufig freiwillig engagiert wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (43,2% zu 46,8%). Die geringste Engagementquote weisen Migrant_innen der 1. Generation ohne deutsche Staatsbürgerschaft auf (21,7%) (vgl. Simonson et al. 2014, S. 615).

Betrachtet man nicht das tatsächliche Engagement, sondern die Bereitschaft zum Engagement, so lässt sich ein großes Rekrutierungspotential für zivilgesellschaftliche Organisationen erkennen. Es fällt auf, dass die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund diejenigen ohne Migrationshintergrund übertreffen. 13,6% sind „sicher bereit“, sich zukünftig engagieren zu wollen (im Vergleich die Angabe der Personen ohne Migrationshintergrund: 10,8%), 54,5% sind „vielleicht bereit“, sich zu engagieren (im Vergleich die Angabe der Personen ohne Migrationshintergrund: 45%) (vgl. Simonson et al. 2014, S. 617f.).

Hinsichtlich der Motive für freiwilliges Engagement und der favorisierten Engagement-Bereiche sind zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund wenige Unterschiede zu verzeichnen. Bei beiden Gruppen stehen das gesellige (mit anderen Menschen zusammenkommen) und gesellschaftliche Motiv (Gesellschaft im Kleinen mitgestalten) im Vordergrund (vgl. Huth 2013, S. 50). Der Bereich „Sport und Bewegung“ erhält von beiden Gruppen den größten Zulauf (vgl. Stahl 2017, S. 167ff.; Simonson et al. 2014, S. 619f.).

3.3 Gründe für die geringere politische Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund

Aus der schwachen empirischen Datenlage zur politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund (vgl. Punkt 3.2) ergibt sich auch ein dünner Forschungsstand hinsichtlich der Suche nach Ursachen für die geringere politische Beteiligung dieser Gruppe. Cyrus und Vogel, Müssig und Worbs, Sauer sowie Holtkamp et al. versuchen hier einen Beitrag zur Ursachenforschung zu leisten.

Cyrus und Vogel führen an, dass bei Personen mit Migrationshintergrund politische Partizipation häufig hinten angestellt ist im Vergleich zu Aktivitäten, die den unmittelbaren Alltag und dessen Bewältigung betreffen (vgl. Cyrus/Vogel 2008, S. 35). Außerdem stellen sowohl Cyrus und Vogel als auch Martina Sauer fest, dass viele Faktoren, die bei Gruppen im Allgemeinen zu einer schwächer ausgeprägten Partizipationsquote führen, innerhalb der Gruppe von Migrant_innen besonders stark ausgeprägt sind: Dazu gehören ein vergleichsweise junger Altersdurchschnitt, eine geringere Bildung sowie ein niedrigeres Einkommen. Als besondere Faktoren kommen bei Personen mit Migrationshintergrund die Beschränkung bezüglich juristischer Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Punkt 2.2.2) sowie die mangelnden bisherigen Erfahrungen in Deutschland als eigener und neuer politischer Raum hinzu (vgl. Sauer 2016, S. 274; Cyrus/Vogel 2008, S. 35). Diese mangelnden Erfahrungen können ein Erklärungsansatz für die in Punkt 4.2 genannten empirischen Befunde sein, nach denen die Aufenthaltsdauer einen entscheidenden Einfluss auf das Partizipationsverhalten nimmt: wer noch keine oder nur wenig Zeit und damit Chancen hatte, sich mit Deutschland als politischen Raum vertraut zu machen, zeigt ein geringeres politisches Partizipationsverhalten als diejenigen, denen diese Möglichkeit durch Geburt oder durch langen Aufenthalt in Deutschland gegeben wurde. Auch Müssig und Worbs schließen aus ihren empirischen Befunden, dass „Teilhabe am politischen Leben wie Integration im Allgemeinen ein Prozess ist, der Zeit benötigt“ (Müssig/Worbs 2012, S. 41). Damit erklären sie, dass mit zunehmender Aufenthaltsdauer das Bewusstsein für politische Belange steigt (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 5) und sich die Orientierung an bestimmten Parteien (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 29) beziehungsweise die eigene Einordnung in „politisch links“ oder „politisch rechts“ (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 26) zunehmend ausprägt.

Sauer macht auf einen anderen Aspekt aufmerksam, der die Ursachenforschung weg von der Gruppe der Migrant_innen hin zur Mehrheitsgesellschaft lenkt. Die Autorin kritisiert die „manchmal noch mangelnde Öffnung der Mehrheitsgesellschaft“ (Sauer 2016, S. 275), die eine ernsthafte öffentliche Debatte über die Ausweitung des Wahlrechts oder die Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft verhindern (vgl. Sauer 2016, S. 275). Laut einer Studie des

Bundesamts für Migration und Flüchtlinge aus dem Jahr 2011 ist die für eine Einbürgerung notwendige Bedingung, die ursprüngliche Staatsbürgerschaft abzulegen, einer der Hauptgründe dafür, warum sich Ausländer_innen, die die juristische Möglichkeit hätten, sich einbürgern zu lassen, gegen die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft entscheiden (vgl. Weinmann et al. 2012, S. 252). Nach aktueller Rechtslage entscheiden sie sich damit auch gegen den Erwerb des Wahlrechts, der wie oben beschrieben den Kern politischer Partizipation bildet (vgl. Punkt 3.1). Politisches Partizipationsverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund ist demnach unweigerlich mit juristischen Rahmenbedingungen wie dem Einbürgerungsrecht und dem Wahlrecht verbunden. Dort, wo die Mehrheitsgesellschaft politischer Partizipation (juristische) Grenzen setzt, scheint die Ursachenforschung für ein be-grenztes Partizipationsverhalten obsolet.

An dieser Stelle sei noch erwähnt, dass laut der umfassenden Studie von Holtkamp et al. der Grund für die Unterrepräsentation von Menschen und insbesondere Frauen in Parlamenten nicht bei der Mehrheitsbevölkerung liegt, die weniger bereit wäre, Kandidat_innen mit Migrationshintergrund zu wählen als Kandidat_innen ohne Migrationshintergrund. Das Forscher_innenteam kann weder eine systematische Diskriminierung der Wählerschaft gegenüber Frauen noch gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund feststellen. Vielmehr schreiben Holtkamp et al. die Unterrepräsentation den Parteien zu. Zwar geben die Parteien einstimmig vor, gerne mehr Migrant_innen ins Parlament bringen zu wollen, entwickeln dafür aber keine ausreichenden Strategien. Stattdessen wird das Problem der Unterrepräsentation weitgehend dethematisiert. Besonders wenig Erfolg bei der Rekrutierung von Menschen mit Migrationshintergrund haben laut Ergebnissen der Studie konservative, rechts-gerichtete Parteien. In diesem Zusammenhang kommt es häufig zu einer „moralischen Umschuldung [Hervorhebung im Original]“ (vgl. Hossain et al. 2016, S. 239), so das Forscher_innenteam. Statt die eigene Verantwortlichkeit der Partei anzuerkennen, wird die Schuld oft bei der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund gesehen, die kein ausreichendes Interesse zeigen würde (vgl. Hossain et al. 2016, S. 238ff.; Holtkamp et al. 2013, S. 14f.).

3.4 Bedeutung der Steigerung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

Dass die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen erstrebenswert ist, scheint kaum einer Erläuterung zu bedürfen. In der Einleitung zu ihrem „Handbuch Lokale Integrationspolitik“ aus dem Jahr 2018 machen Gesemann und Roth auf die Entwicklungen der letzten Jahre aufmerksam, die dazu beigetragen haben, dass das Thema Integrationspolitik bei der Mehrheit der Bevölkerung als bedeutsam erkannt wird. In einem Land, in dem laut Mikrozensus jeder fünfte Bürger einen Migrationshintergrund aufweisen kann, niedrige

Geburtenraten verbunden mit einer alternden Gesellschaft verzeichnet werden und strukturschwache Gebiete mit teilweise drastischen Bevölkerungsverlusten umgehen müssen, liege die Brisanz des Themas auf der Hand, so Gesemann und Roth (vgl. Gesemann/Roth 2018, S. 2ff.). In diesem Zusammenhang wurden in den Jahren 2007, 2011 und kürzlich 2019 jeweils ein „Nationaler Aktionsplan“²⁰ von der Bundesregierung veröffentlicht, der Maßnahmen mit dem Ziel einer verbesserten Integrationspolitik beinhaltet (vgl. Punkt 3.5).

Nicht nur die Bedeutung der Integration im Allgemeinen, sondern auch der politischen Integration im Besonderen scheint im heutigen Deutschland weitgehend anerkannt. Zwar tritt diese im Vergleich zu anderen Themen, die mit dem Bereich der Integration verbunden sind, oft in den Hintergrund (insbesondere im Vergleich zu den Themen Arbeit, Bildung, Sprache und Wohnen – vgl. Roth 2018, S. 630), dennoch erscheint die politische Integration von Menschen mit Migrationshintergrund als erstrebenswertes Unterfangen. Cyrus und Vogel formulieren das folgendermaßen:

Für demokratische Rechtsstaaten ist die politische Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern ein gesellschaftlich und politisch erwünschtes Ziel. Von der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement erwartet (Cyrus/Vogel 2008, S. 35).

Warum die Förderung der Partizipation von Migrant_innen so wichtig ist, kann laut Cyrus und Vogel sowie laut Roth von verschiedenen Blickwinkeln aus begründet werden (vgl. Roth 2018, S. 630f.; Cyrus/Vogel 2008, S. 18f.). Aus normativer Perspektive ist die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund am demokratischen Prozess entscheidend für die Legitimation eines jeden demokratischen Systems. Denn jeder, der von gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen betroffen ist, muss in einer Demokratie auch das Recht haben, diese Prozesse mitzugestalten. Andernfalls besteht die Gefahr, das demokratische System nachhaltig zu schädigen. Funktional betrachtet, erfüllt die politische Partizipation von Migrant_innen und ihren Nachkommen eine wichtige Funktion für das Aufnahmeland Deutschland. Nur wenn Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu artikulieren und das auch tatsächlich tun, können Probleme in ihrem Sinne gelöst werden und kann die Politik sinnvolle Rückmeldung erhalten. Wird ihnen keine Möglichkeit gegeben, ihre Sicht der Dinge gleichberechtigt einzubringen, werden sie zwangsläufig zu „Bürgerinnen und Bürgern ‚zweiter Klasse‘“ (Roth 2018, S. 631). Aus symbolischer Perspektive ist die Beteiligung von Zuwander_innen deswegen so wichtig, weil sie dadurch als Bürger_innen fungieren und als solche wahrgenommen werden können. Zudem können sie in diesem Zusammenhang als Vorbilder für andere Menschen in ihrer Situation auftreten und so zum gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv beitragen.

²⁰ 2007 trug er den Namen „Nationaler Aktionsplan“; seit 2011 lautet sein voller Name „Nationaler Aktionsplan Integration“.

3.5 Mögliche Maßnahmen zur Förderung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

In den oben erwähnten „Nationalen Aktionsplänen Integration“ stellt die Bundesregierung Maßnahmen vor, die der Bedeutung des Bereiches Integrationspolitik gerecht werden sollen. In Bezug auf die politische Integration wird anerkannt, dass politische Beteiligung nicht allen Menschen mit Migrationshintergrund in vollem Umfang möglich ist (vgl. Die Bundesregierung 2011, S. 25; Die Bundesregierung 2019, „Phase V – Zusammenhalt stärken“). In diesem Zusammenhang wird weniger diskutiert, mit welchen Maßnahmen die völlig gleichberechtigte Partizipation möglich gemacht werden könnte, sondern vielmehr, welche Maßnahmen die bereits bestehenden Möglichkeiten sichtbarer und attraktiver machen könnten. Ein besonderer Fokus wird dabei auf politische Bildung gelegt, die die „Bereitschaft von Migrantinnen und Migranten zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe gezielt fördern“ (Die Bundesregierung 2019, „Phase V – Zusammenhalt stärken“) soll. Als besondere Möglichkeit der politischen Partizipation wird „[b]ürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt als Scharnier der Teilhabe“ (Die Bundesregierung 2019, „Phase III – Eingliederung“; vgl. auch Die Bundesregierung 2011, S. 286ff.) herausgestellt. Darauf Bezug nehmend macht Roland Roth deutlich, dass die Förderung des freiwilligen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund zwar ein wichtiger und begrüßenswerter Schritt auf dem Weg zur politischen Integration darstellt, jedoch viele weitere Schritte nötig wären, diese angemessen voranzutreiben. Der Politikwissenschaftler kritisiert den „Nationalen Aktionsplan Integration“ aus dem Jahr 2011 dafür, dass er politische Partizipation im engeren Sinne weitgehend dethematisiert. Aus Roths Perspektive bedarf es Maßnahmen, die alle Zuwander_innen rechtlich mit deutschen Bürger_innen gleichstellt, um politische Integration tatsächlich zu fördern (vgl. Roth 2018, S. 637, S. 649).

Was die rechtliche Gleichstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in Bezug auf politische Partizipation betrifft, so sind besondere Defizite bei den Möglichkeiten für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu nennen, sich an Wahlen in Deutschland zu beteiligen (vgl. Punkt 3.2.2). In diesem Zusammenhang schlagen einige Autor_innen vor, das deutsche Wahlrecht so zu reformieren, dass alle in Deutschland lebenden Menschen den Partizipationsakt „Beteiligung an Wahlen“ ausüben können. So plädiert Roth für eine Ausweitung des Wahlrechts, weil er darin „vielfältige sekundäre[] Wirkungen“ (Roth 2018, S. 635) erkennen kann. Er verweist darauf, dass mit dem Wahlrecht das eigene Interesse für politische Belange oder gar für die Übernahme von politischen Ämtern tendenziell steigt und dass durch das Wahlrecht Interessen verschiedener Gruppen innerhalb einer Gesellschaft sichtbar werden (vgl. Roth 2018, S. 635). Auch Sauer hält sowohl das aktive als auch passive Wahlrecht für wichtige Elemente auf dem Weg zur politischen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Sauer 2016, S. 257). Konkret schlagen Cyrus und Vogel die Einführung eines Wahlrechts auch für Drittstaatenangehörige auf kommunaler

Ebene vor²¹, die laut Meinung der Autoren auch bewirken würde, dass Parteien die politische Integration von Migrant_innen stärker in den Fokus rücken (vgl. Cyrus/Vogel 2008, S. 36).

Eng mit der Forderung nach einer Ausweitung des Wahlrechts ist auch jene nach einem erleichterten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft verbunden. Cyrus und Vogel treten dafür ein, die Einbürgerungsbedingungen transparent und niedrigschwellig zu gestalten und die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich zu akzeptieren (vgl. Cyrus/Vogel, S. 36). Durch letzteres würde der Hauptgrund für niedrige Einbürgerungsquoten beseitigt (vgl. Punkt 3.3) und so auch automatisch der Anteil der wahlberechtigten Personen erhöht (vgl. Cyrus/Vogel 2008, S. 21).

Auch die Einrichtung von Repräsentations- oder Konsultationsgremien (Ausländer- und Integrations(bei)räten, siehe Punkt 3.2.2) kann Cyrus und Vogel zu Folge eine geeignete Maßnahme sein, die politische Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern, ist im Vergleich zu den oben genannten Maßnahmen aber als nachrangig zu betrachten. Grund dafür ist, dass die Gremien das bestehende rechtliche Ungleichgewicht nicht auffangen können (vgl. Cyrus/Vogel 2008, S. 21, S. 30).

Im Hinblick auf die Unterrepräsentation von Deutschen mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten sind – wie in Punkt 3.3 bereits behandelt – insbesondere die Parteien gefragt, geeignete Maßnahmen zu entwickeln und durchzuführen (vgl. Hossain et al. 2016, S. 243; Cyrus/Vogel 2008, S. 19). Als geeignete Maßnahme nennen Wittlif und Litta die allgemeine Öffnung der Parteien für Zuwander_innen, auch in Hinblick auf die Rekrutierung von Mitgliedern und Kandidat_innen. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Parteien zunächst mehr Wissen über Menschen mit Migrationshintergrund aneignen (vgl. Wittlif/Litta 2016, S. 25). Holtkamp et al. schlagen eine Migrant_innen-Quote vor, bei deren Einführung allerdings sichergestellt werden müsste, dass sie keine negativen Auswirkungen auf die Frauenquote nimmt (vgl. Hossain et al., S. 243).

²¹ In vielen europäischen Ländern wird das kommunale Ausländerwahlrecht bereits praktiziert (vgl. Cyrus/Vogel 2008, S. 36); in Schweden und in den Niederlanden bereits seit über 30 Jahren (vgl. Roth 2018, S. 633).

4 Fragestellung

Wie in Punkt 3.2 beschrieben, ist nach aktuellem Forschungsstand im Allgemeinen eine geringere politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung zu verzeichnen. Dies wirft insbesondere die Frage nach den Ursachen für diese Tatsache auf. Die in Punkt 3.3 genannten Studien können diese Frage nicht in ausreichendem Maße beantworten. Aufgrund der Bedeutung der Steigerung der politischen Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Punkt 3.4) will die vorliegende Arbeit versuchen, einen bescheidenen Beitrag dazu zu leisten, die insbesondere im Bereich der qualitativen Forschung schwach ausgeprägte Datenlage zum Thema „politische Partizipation von Migrantinnen“ zu ergänzen. Dabei soll der Fokus auf die Erforschung der Gründe für die genannte geringere politische Partizipation liegen. Als Datenerhebungsinstrument wurde die Methode der Gruppendiskussion gewählt. Die Diskussion innerhalb einer Gruppe schien für das Forschungsvorhaben passend, weil dort gemeinsame Erfahrungshorizonte einer Gesamtgruppe – in dem Fall von Ausländerinnen in Deutschland – besonders gut herausgefiltert werden können. Laut Ralf Bohnsacks Grundlagentheorie zu Gruppendiskussionsverfahren werden Meinungen, die innerhalb einer Gruppe auftreten, *nicht* situativ gebildet, sondern verweisen – wenn sie mehrheitlich übereinstimmen – auf gemeinsame Erfahrungen (vgl. Bohnsack 2014, S. 34f.; Schäffer 2011, S. 76).

5 Empirische Untersuchung anhand einer Gruppendiskussion

5.1 Teilnehmerinnen der Gruppendiskussion

Im Vorfeld der Teilnehmerinnen-Akquise wurde eine Anzahl von ca. fünf Personen als ideale Gruppengröße definiert. Diese schien passend, um einerseits einen Einblick in vielseitige Perspektiven gewinnen zu können und andererseits jeder einzelnen Teilnehmerin die Gelegenheit zu geben, ihre Sicht der Dinge im angemessenen Ausmaß darzulegen.

Die Akquise der Teilnehmerinnen erfolgte anhand der Kriterien „Frau“ und „mit Migrationshintergrund“ bzw. „Ausländer_in“²². Aufbauend auf die in Punkt 3.2 und 3.3 geschilderten Ergebnisse aktueller Studien, die aufzeigen, dass Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus entscheidende Einflussfaktoren für politisches Partizipationsverhalten sind, wurden ausschließlich Ausländer_innen mit einer Aufenthaltsdauer von unter zehn Jahren für die Gruppendiskussion angefragt. Ziel war hier, Gründe für die geringere politische Beteiligung herauszufiltern, die bei Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und mit „relativ kurzer“ Aufenthaltsdauer besonders augenfällig ist – sowohl im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung als auch im Vergleich zu eingebürgerten Zuwander_innen und Personen mit Migrationshintergrund der 2. Generation (vgl. Punkt 3.2 und 3.3).

Abgesehen von den Kriterien „Frau“, „Ausländerin“ und „Aufenthaltsdauer von unter zehn Jahren“ spielten andere Merkmale wie Alter, Bildung, Herkunftsland, Religion und auch bisheriges politisches Partizipationsverhalten keine Rolle. Der Aufbau der Kontakte vollzog sich im universitären Umfeld teils durch eine der Moderatorinnen, teils durch die betreuende Professorin. Die Einladungen zur Gruppendiskussion erfolgten per Mail (vgl. Anhang 3), wobei in vielen Fällen eine persönliche Ansprache vorausging. Um einen möglichst ungehemmten und unvorbelasteten Gesprächsverlauf zu ermöglichen, wurde darauf geachtet, dass zwischen den Teilnehmerinnen und den beiden Moderatorinnen im Vorfeld keine private oder berufliche Beziehung bestand.

²² Zur Definition des Begriffs „Ausländer_innen“ vgl. Punkt 2.2.1.

Insgesamt nahmen sechs Frauen aus fünf unterschiedlichen Ländern (Serbien, Ungarn, Syrien, Kolumbien und Venezuela) im Alter von 23 und 49 Jahren an der Diskussion teil.²³ Auch wenn die einzelnen Sprachniveaus der Teilnehmerinnen teilweise stark differierten, beherrschten alle Teilnehmerinnen die deutsche Sprache im ausreichenden Maße, um an der Diskussion teilnehmen zu können. Drei der Frauen hatten im Herkunftsland ein Studium abgeschlossen, eine Frau brachte eine abgeschlossene Ausbildung und ein nicht-abgeschlossenes Studium mit, eine Frau hatte ihr Studium in Deutschland kürzlich abgeschlossen und eine befand sich im Bewerbungsprozess um einen Studienplatz. Aus Gründen der Anonymität erfolgt eine Zuordnung der jeweiligen Befragten ausschließlich zu ihrem Herkunftsland. Diese Zuordnung zum Herkunftsland war für die Auswahl der Teilnehmerinnen zwar nicht entscheidend, erscheint für die Präsentation der aber Ergebnisse wichtig, da Erfahrungen in der Heimat in vielen Fällen als Einflussfaktor für politisches Partizipationsverhalten genannt wurden. Die einzelnen Befragten werden im Ergebnisteil folgendermaßen benannt:

B1: Befragte aus Syrien,

B2: Befragte aus Ungarn,

B3: Befragte aus Kolumbien,

B4: Befragte aus Serbien,

B5: Befragte aus Venezuela,

B6: Befragte aus Syrien.

5.2 Vorbereitung und Ablauf der Gruppendiskussion

Im Vorfeld der Diskussion wurde eine Doktorandin der Hochschule Landshut aus dem Forschungsprojekt „Frauen in die Kommunalpolitik (FRIDA)“ sowie die Verfasserin der vorliegenden Arbeit als Moderatorinnen für das Gespräch festgelegt. In der Vorbereitung wurde ein Leitfaden erstellt, der als Hilfestellung für die Moderatorinnen dienen sollte

²³ Da eine kurzfristige Absage einer Teilnehmerin mit einkalkuliert wurde, wurden insgesamt sechs Frauen für die Diskussion akquiriert. Alle sechs Frauen erschienen zu dem Termin.

(vgl. Anhang 2). Für die Erstellung des Leitfadens und auch innerhalb der tatsächlichen Diskussion wurde seitens der Moderatorinnen darauf geachtet, Fragen und Anmerkungen in möglichst einfachem Deutsch zu formulieren, um die sprachlichen Hemmnisse so gering wie möglich zu halten. Die Diskussion fand am 29. Juni 2019 zwischen 10:30 Uhr und 12:30 Uhr an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (OTH) statt. Neben der Begrüßung, kurzen Kennenlern-Spielen zum Auflockern der Atmosphäre, der Einführung in das Thema und Bemerkungen zum Ausklang der Diskussion waren zwei zentrale Gesprächsphasen Hauptbestandteile des Leitfadens und damit auch der tatsächlichen Diskussion. In der Phase A wurde das Thema der Diskussion bewusst vage gehalten, um den Teilnehmerinnen die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Schwerpunkte für das Gespräch setzen zu können. So wurden die Schlagwörter „Politik“ oder „politische Partizipation“ innerhalb der Phase A seitens der Moderatorinnen nicht angeführt. Folgende Fragen schienen als geeignet, um auf das Thema hinzuführen: Wie kann ich das/mein Leben in Deutschland/Bayern/Regensburg mitgestalten? Welche Möglichkeiten habe ich, das Leben hier für mich und für andere lebenswert zu machen? Was habe ich vielleicht schon gemacht? In dieser ersten Hauptphase griffen die Moderatorinnen nur dann durch Erklärungen oder immanente Nachfragen in das Gespräch ein, wenn Verständnisfragen aufkamen oder längere Gesprächspausen entstanden. In der Phase B schließlich stellten die Moderatorinnen konkrete (Nach-)fragen, die auf das Forschungsinteresse – also auf das Thema politische Partizipation – lenkten. Im Zuge dessen fragten sie nach der Nutzung der von den Teilnehmerinnen genannten Möglichkeiten, das Leben in Deutschland mitzugestalten, nach der Wahrnehmung von Politik, der Bedeutung von Politik und auch ganz konkret nach dem Interesse an politischer Partizipation.

Im Allgemeinen herrschte während der gesamten Diskussion eine angenehme und wertschätzende Atmosphäre sowohl zwischen den Moderatorinnen und den Gesprächsteilnehmerinnen, als auch zwischen den Teilnehmerinnen untereinander. Trotz der unterschiedlichen Sprachniveaus und der teilweise schwierig in Worte zu fassenden Themen waren die Redeanteile unter den Befragten relativ gleich verteilt. Jede Teilnehmerin nahm die Möglichkeit wahr, aktiv am Gespräch teilzunehmen. Auch unterschiedliche und teilweise gegensätzliche Meinungen wurden respektiert und die Befragten achteten darauf, sich gegenseitig aussprechen zu lassen.

Die Veranstaltung wurde im Nachgang auf der Internetauftritten der Ostbayerischen Hochschule sowie des bayerischen Forschungsverbunds zur Zukunft der Demokratie publik gemacht (vgl. Anhang 5).

5.3 Datenaufbereitung und Datenanalyse

Die Transkription der Gruppendiskussion (vgl. Anhang 4) erfolgte nach den erweiterten Regeln von Dresing und Pehl (vgl. Dresing/Pehl 2018). Die Datenauswertung erfolgte mittels Unterstützung des Programms MAXQDA und erfolgte in Anlehnung an die Grounded Theory Methodologie²⁴. Die GTM gehört laut Döring und ihren Kolleg_innen „zu den etabliertesten qualitativen Forschungsansätzen (Döring et al. 2016, S. 545). Sie wurde in den 60er Jahren von den US-amerikanischen Soziologen Anselm Strauss und Barney Glaser gemeinsam ausgearbeitet²⁵. Erst Jahre später entwickelten ihre beiden Gründerväter die GTM unabhängig voneinander weiter und folgten dabei teilweise gegensätzlichen Auffassungen (vgl. Strübing 2019, S. 525f.). In der aktuellen qualitativen Forschungslandschaft wird der GTM, so wie sie durch Anselm Strauss und Juliet Corbin weiterentwickelt wurde, größere Plausibilität zugeschrieben (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014, S. 193). Aus diesem Grund stützt sich die Methodologie vorliegender Arbeit vorrangig auf die GTM nach Strauss und Corbin.

Diese weisen in ihren Arbeiten ausdrücklich darauf hin, dass sie die GTM als ein Set an „Faustregeln“ verstanden wissen möchten, die als „Verfahrenshilfen“ dienen sollen und *nicht* etwa als „methodologische[] Regeln“, die einer „strikten Systematisierung“ (Strauss 1994, S. 32f.) unterliegen.²⁶ In diesem Sinne wurden in vorliegender Arbeit lediglich Elemente der GTM verwendet, die insbesondere im Prozess der Datenanalyse zum Tragen kamen.

²⁴ Im Folgenden wird die Grounded Theory Methodologie mit dem Kürzel GTM bezeichnet.

²⁵ Folgende Veröffentlichung gilt hier als Grundlagenwerk: Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. 1967: The discovery of grounded theory. Strategies for qualitative reserach. New York: Aldine de Gruyter.

²⁶ Inwieweit die GTM tatsächlich als „Methode“ zu bezeichnen ist, ist umstritten. Oft wird sie eher als „Strategie“ beschrieben. Aus diesem Grund wird „Grounded Theory“ mitunter als Synonym für die GTM verwendet oder auf den Zusatz „Methodology“ wird bewusst verzichtet (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014, S. 193; Strübing 2019, S. 525).

Grundlegend für die GTM ist die gleichwertige Bedeutung und die gegenseitige Abhängigkeit von Prozess (der Datengewinnung und der Datenanalyse) und Ergebnis (der Theorie, die idealerweise aus den Daten abgeleitet werden soll). Einerseits kann das Ergebnis – die Grounded Theory – nur aus dem Prozess heraus verstanden werden, aus dem sie entstanden ist, andererseits können (Teil-)Ergebnisse den Prozess immer wieder beeinflussen. Datengewinnung, Datenanalyse und Theoriebildung werden demnach nicht nacheinander „abgearbeitet“, sondern verlaufen parallel zueinander. Nach der Analyse des ersten Falls können bereits erste theoretische Aussagen gemacht werden. Diese können wiederum so lange weitere Prozesse der Datengewinnung notwendig machen, bis der Moment „theoretischer Sättigung“ erreicht ist (vgl. Strübing, S. 526ff.; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014, S. 200f.; Döring et al. 2016, S. 546). Darauf zurückgreifend sollen die in vorliegender Arbeit präsentierten Ergebnisse als erster Beitrag zu einer Theoriebildung verstanden werden, die durch weitere Arten der Datengewinnung und Datenanalyse befruchtet werden kann (vgl. Punkt 7.1 und Punkt 8).

Den Leitlinien der GTM folgend wurde das aus der Gruppendiskussion gewonnene Datenmaterial zunächst nach dem so genannten „Kodierparadigma“ in Konzepte und Kategorien überführt. In insgesamt drei Arbeitsschritten – dem offenen, dem axialen und dem selektiven Kodieren – wurden nach und nach Konzepte erstellt, die in die Bildung von insgesamt vier Kategorien und einer Schlüsselkategorie mündeten. Das offene Kodieren verfolgte das Ziel, das vorhandene Datenmaterial Satz für Satz und teilweise Wort für Wort zu analysieren, um den Fokus schließlich vom genauen Wortlaut hin auf den Sinnzusammenhang zu lenken. Dieser jeweilige Sinnzusammenhang wurde durch die Vergabe passender Codes schriftlich festgehalten. Beim axialen Kodieren wurden einzelne Codes „um die Achsen“ verschiedener Kategorien angeordnet. Immer wieder wurde versucht, die gebildeten Kategorien in Relation zueinander zu setzen, sodass sich allmählich eine Schlüsselkategorie herausbildete. Das selektive Kodieren trug schließlich dazu bei, einen roten Faden durch das Datenmaterial zu spinnen und die gebildeten Kategorien im Hinblick auf ihre Relevanz für die Schlüsselkategorie und für das Forschungsanliegen zu überprüfen (vgl. Döring et al. 2016, S. 546f.; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014, S. 209ff.; Strübing 2019, S. 535ff.).

Während des gesamten Kodierprozesses wurde das für die GTM zentrale Prinzip des permanenten Vergleichs verfolgt (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014, S. 204). Jedes entstehende Konzept oder Phänomen wurde mit anderen, im Rahmen oder außerhalb der

Gruppendiskussion auftretenden Konzepten und Phänomenen verglichen. Indem Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Konzepten und Phänomenen sichtbar gemacht wurden, konnten entstehende Hypothesen immer wieder überprüft werden. Außerdem zentral für den Kodierprozess war das Verfassen von so genannten „Memos“, die dazu beitragen, spontan entstehende Gedanken sofort festzuhalten und so zu gewährleisten, dass keine forschungsrelevanten Ideen verloren zu gehen drohten (vgl. Döring et al. 2016, S. 547). Memos wurden sowohl zu Konzepten, Codes, Kategorien oder auch zum allgemeinen Forschungsprozess erstellt und trugen letztendlich zu dem Ziel bei, den Forschungsprozess angemessen zu strukturieren.

6 Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund – Ergebnisse einer Gruppendiskussion

Der Präsentation der Ergebnisse der Gruppendiskussion soll der Hinweis vorausgehen, dass die Analyse von Daten immer auch eine Interpretation des/der Analysierenden mit einschließt. Somit drücken die im Zusammenhang mit vorliegender Arbeit herausgefilterten Codes und dargestellten Ergebnisse keine zugrundeliegende Wahrheit oder Objektivität aus, sondern sind vielmehr als Resultate subjektiver Deutungen der Verfasserin zu verstehen.

6.1 Code-Netzwerk

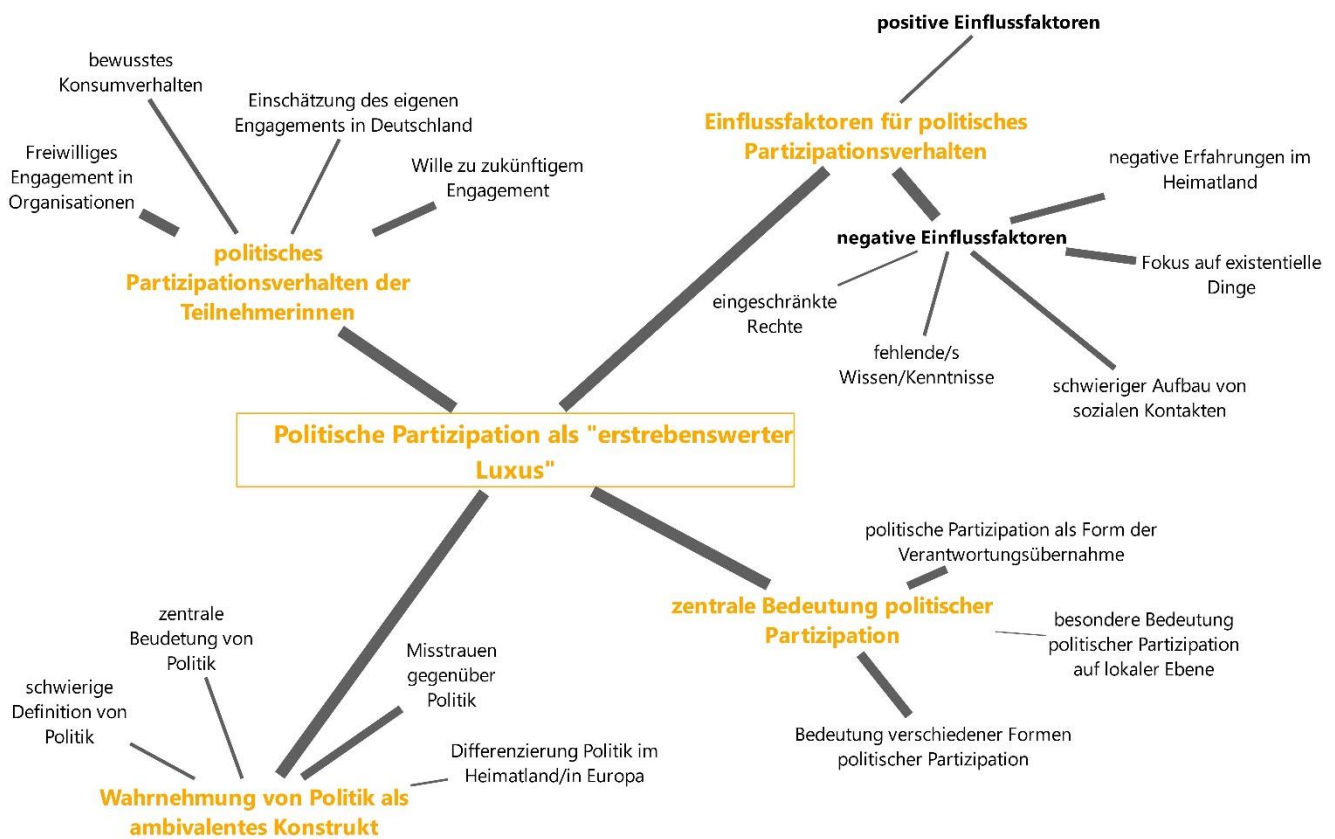


Abbildung 1: Code-Netzwerk; Quelle: Eigene Darstellung

Das hier dargestellte Code-Netzwerk wurde mit Hilfe des Auswertungsprogramms MAXQDA erstellt. Die herausgebildete Schlüsselkategorie „politische Partizipation in

Deutschland als erstrebenswerter Luxus“ bildet das Zentrum des Netzwerks. Die zentralen Kategorien „Wahrnehmung von Politik als ambivalentes Konstrukt“, „Zentrale Bedeutung von Politik“, „Politisches Partizipationsverhalten der Teilnehmerinnen“ sowie „Einflussfaktoren für politisches Partizipationsverhalten“ sind kreisförmig um die Schlüsselkategorie herum angeordnet. Diesen wiederum sind verschiedene Subkategorien zugeordnet. An der Linienstärke lässt sich die Gewichtung der zentralen Kategorien sowie deren Subkategorien ablesen. Je stärker die Linie, desto mehr Codings – das heißt einzelne Aussagen der Teilnehmerinnen – sind dieser Kategorie zugeordnet (vgl. dazu auch Anhang 6). Im Folgenden soll zunächst die Schlüsselkategorie „politische Partizipation in Deutschland als erstrebenswerter Luxus“ näher erläutert werden, woraufhin die vier zentralen Kategorien beleuchtet werden. Auch die Gewichtung soll dabei eine Rolle spielen. Je mehr Codings einer zentralen Kategorie oder Subkategorie zugeordnet sind, desto intensiver wird sie im Folgenden behandelt.

6.2 Schlüsselkategorie: politische Partizipation in Deutschland als „erstrebenswerter Luxus“

Im Laufe der Diskussion wurde deutlich, dass politische Partizipation in Deutschland von den Teilnehmerinnen als „erstrebenswerter Luxus“ betrachtet wird. Einerseits wird politische Partizipation überwiegend als erstrebenswert im Sinne von bedeutend angesehen (vgl. Punkt 6.2.2) und aus diesem Grund auch im Rahmen der Möglichkeiten praktiziert (vgl. Punkt 6.2.3), andererseits aber aufgrund verschiedener aktueller Einflussfaktoren (vgl. Punkt 6.2.4.1) als Luxus, der per Definition den verfügbaren Rahmen übersteigt. Die Teilnehmerinnen brachten auch positive Einflussfaktoren für politisches Partizipationsverhalten zur Sprache, welche stellenweise dazu beitragen, aus dem Luxusgut politische Partizipation Allgemeingut werden zu lassen (vgl. Punkt 6.2.4.2). Grundlage für die oben genannten Betrachtungen bildet die allgemeine Wahrnehmung von Politik seitens der Teilnehmerinnen als ambivalentes Konstrukt (vgl. Punkt 6.2.1).

6.2.1 Wahrnehmung von Politik als ambivalentes Konstrukt

Auf die Frage, was Politik ist, beziehungsweise wie die Teilnehmerinnen Politik beschreiben würden, fallen die Antworten unterschiedlich aus. Zwei der Teilnehmerinnen wagen eine konkrete Definition von Politik. Während für B3 der Politikbegriff unmittelbar an die Demokratie als spezifische politische Ordnung geknüpft ist – sie beschreibt Politik als „die größere Präsentation von die ganz kleine Köpfe, was wir sind“ (B3, Z. 774f.) – versteht B6 Politik losgelöst von bestimmten Formen der Herrschaft als eine Methode:

Ja, ich finde Politik ist eine Methode. Zum Beispiel ich habe eine/ ich mache Politik bei mir Zuhause, wie ich mein Haus, äh, führen kann. Jeder macht Politik mit sich selber. Das ist eine Methode in unserem Leben (B6, Z. 876ff.).

Den anderen Teilnehmerinnen fällt eine konkrete Definition von Politik schwer. Jedoch provoziert die Frage nach der Beschreibung des Politikbegriffs unmittelbar den Wunsch, die wichtige Bedeutung von Politik herauszustellen oder aber generelles Misstrauen ihr gegenüber auszudrücken. Insgesamt fällt auf, dass Politik von den Teilnehmerinnen als ambivalentes Konstrukt wahrgenommen wird, dessen genaue Bedeutung vage bleibt. Während B3 Politik als „ein ganz wichtige Ding“ (B3, Z. 764) beziehungsweise sogar als „die wichtige Ding, das gibt“ (B3, Z. 782) einstuft, dominiert bei den anderen Teilnehmerinnen die Auffassung von Politik als „frustrierendes Thema“ (B5, Z. 809), so wie es B5 auf den Punkt bringt: „Ich glaube nicht an die Politik. Ich glaube nicht an die Politiker.“ (B5, Z. 809f.). B4 stellt sich die Frage, „ob das funktioniert, also, ob das Politik funktioniert, ob das was wirklich bringt oder nicht“ (B4, Z. 989f.). B1 und B6 finden noch deutlichere Worte dafür, dass Politik ihrer Meinung nach in den meisten Fällen nicht das ist und das bewirkt, was sie vorgibt zu sein und zu bewirken. Sie beschreiben Politik als Synonym für „Macht“ und „Geld“ (B6, Z. 888), als „sehr, sehr großes Spiel“ (B6, Z. 907) und als „große Lüge“ (B1, Z. 837). Allerdings ist es an dieser Stelle wichtig zu erwähnen, dass der Ausdruck von Misstrauen gegenüber Politik in den meisten Fällen in direktem Zusammenhang mit der Beschreibung von bestimmten Erfahrungen im jeweiligen Herkunftsland steht. Darauf soll im Punkt 6.2.4.1 näher eingegangen werden.

6.2.2 Zentrale Bedeutung politischer Partizipation

Im Laufe der Diskussion zeigt sich, dass der Begriff der politischen Partizipation für die Teilnehmerinnen deutlich klarer umrissen erscheint als derjenige der Politik. Wohl auch aus diesem Grund sind die geäußerten Meinungen zur Bedeutung von politischer Partizipation augenfällig weniger ambivalent als diejenigen zum Verständnis und zur Bedeutung von Politik. Im Grundsatz sind sich die Teilnehmerinnen darüber einig, dass politische Beteiligung sowohl für das Individuum, als auch für die Gesellschaft von großer Bedeutung ist und es somit als im Allgemeinen erstrebenswert gelten kann, diese zu praktizieren. Oft wird in diesem Zusammenhang auf die Verantwortung, die es für sich, für andere und für die Zukunft aller zu übernehmen gilt, verwiesen. B2, B4 und B5 verwenden den Begriff „Verantwortung“ wörtlich (B2, Z. 1216 und Z. 1444; B4, Z. 1228; B5, Z. 1144), B3 und B6 machen sinngemäß darauf aufmerksam (vgl. B3, Z. 800ff.; B6, Z. 1350ff.) .

B2 führt an, dass jede_r Einzelne durch die Möglichkeit zur politischen Partizipation die Chance hat, seine/ihre eigene Zukunft mitzugestalten und damit Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Inwieweit Migrantinnen in Deutschland hinsichtlich politischer Partizipation in Erscheinung treten, liegt ihrer Meinung nach mitunter auch in der Hand der Migrantinnen selbst:

Das finde ich wichtig, da Verantwortung zu übernehmen, dass wir auch dafür sorgen, dass auch mit uns geredet wird und keine Ahnung, im Stadtrat dann auch für uns geredet wird (B2, Z. 1444ff.).

B3 schlägt mit ihrer Aussage die Brücke zwischen politischer Partizipation als Verantwortungsübernahme für sich selbst und für andere. Sie beschreibt, wie politische Beteiligung zum eigenen Wohlergehen und zu demjenigen von anderen Menschen beitragen kann:

Mir kann besser gehen, wenn ich in die Politik aktiv bin. Das kann man nicht so recht zeigen in Lateinamerika, weil sonst wirst du tot. Aber hier, hier darf man es und hier muss man es. Und vielleicht etwas kleines oder wie man machen kann für die Länder, die, die nicht dürfen kann, weil ist traurig, weil man selber nicht die eigene Opinions oder die eigenen Sachen. (B3, Z. 799ff.)

Die Aussage, dass politische Partizipation praktiziert werden *muss*, trifft die Befragte aus Kolumbien aus der Sicht einer Migrantin in einem Land, das aus ihrer Sicht als politisch

„stabil“ (B3, Z. 772) einzuschätzen ist und die politische Beteiligung jedes/jeder Einzelnen zulässt. B6, die ursprünglich aus Syrien kommt, pflichtet ihr im Kern der Aussage bei und unterstreicht damit die besondere Verantwortung derjenigen, die in politisch stabilen Verhältnissen leben:

ich will sagen, es gibt viele Syrer jetzt überall und sie können, äh, ihr Wort sagen und sie können sich verändern hier in Europa. Ja, die Leute, die in Syrien noch sind, können nichts machen. Aber die sind hier, können (B6, Z. 1350ff.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle Teilnehmerinnen politische Partizipation – insbesondere in Deutschland und Europa – als bedeutsam einstufen. Allerdings kommt diese zentrale Bedeutung aus der Sicht der Befragten verschiedenen Formen politischer Beteiligung in unterschiedlich hohem Ausmaß zu. Folgende Aktivitäten kommen innerhalb der Diskussion als Formen politischer Partizipation zur Sprache:

- Beteiligung an Wahlen,
- Sich über Politik informieren/sich eine eigene Meinung bilden,
- Kontaktieren von Behörden und Politiker_innen,
- Bewusstes Konsumverhalten,
- Teilnahme an Demonstrationen,
- Mitgliedschaft in einer Partei,
- Freiwilliges Engagement in Organisationen.

Dabei wird der Beteiligung an Wahlen von allen Teilnehmerinnen eine besonders große Bedeutung, von der Mehrzahl sogar *die* größte Bedeutung zugesprochen (vgl. B2, Z. 1003f.; B3, Z. 782f.; B4, Z. 991f.; B6, Z. 1066f.). Für B2 und B3 stellt die Möglichkeit zur Wahlbeteiligung ein grundlegendes Prinzip der Meinungsäußerung innerhalb eines politischen Systems dar. B2 beschreibt die Wahl als „eigenes Instrument, Demokratie auszuüben und [s]eine Meinung zu äußern“ (B2, Z. 1004f.). B3 stellt die Frage: „Wenn ich nicht sage, was ich bin, wenn ich nicht wähle, wie kann ich wissen, was der andere ist, was der andere will, ob wir andere sind?“ (B3, Z. 785f.).

Innerhalb der Diskussion äußern einige Teilnehmerinnen die Überlegung, dass die Beteiligung an Wahlen untrennbar damit verbunden sei, sich über Politik zu informieren und sich damit eine eigene Meinung zu politischen Themen zu bilden (vgl. B2, Z. 1011ff.; B3, Z. 1016ff.; B6, Z. 1162ff.). Ob und inwiefern diese Überlegung dazu führen sollte, die Beteiligung an Wahlen als gleichbedeutend mit „sich informieren über Politik/sich

eine eigene Meinung bilden“ einzustufen, bleibt allerdings umstritten. Während es für B3 und B6 eine Grundbedingung für den Wahlakt darstellt (vgl. B3, Z. 1022ff.; B6, Z. 1162ff.), sich vorher ausreichend informiert zu haben, sieht B2 das Bilden einer politischen Meinung durch Information als „nice to have“ an, von dem allerdings „das Wahlrecht nicht abhängig gemacht werden [kann]“ (B2, Z. 1035ff.). Unabhängig von diesen unterschiedlichen Priorisierungen der beiden genannten Formen von Politik, stimmen alle Teilnehmerinnen in der grundsätzlichen Relevanz des „sich informierens über Politik/sich eine eigene Meinung bilden“ überein. In diesem Zusammenhang wird das Misstrauen der Teilnehmerinnen gegenüber den Medien sehr deutlich, welche als nicht objektiv (vgl. B4, Z. 1119ff.), nicht vertrauenswürdig (vgl. B3, Z. 1132ff.), nicht aussagekräftig (vgl. B5, Z. 1146ff.) und als manipulativ (vgl. B5, Z. 995ff.) beschrieben werden. Aus Sicht der Befragten ist der direkte Kontakt zu Politiker_innen in Deutschland zu bevorzugen, um an möglichst ungefilterte Informationen zu gelangen (vgl. B1, Z. 1043ff.; B2, Z. 1110f.; B5, Z. 1155). Aus diesen Aussagen lässt sich ein grundsätzliches Vertrauen in deutsche Politiker_innen – zumindest in Bezug auf Informationsbeschaffung – ablesen.

Neben der Beteiligung an Wahlen, dem „sich informieren über Politik/sich eine eigene Meinung bilden“ und dem „Kontakt zu Politiker_innen“ wird auch das „bewusste Konsumverhalten“ von zwei Befragten als bedeutende Form politischer Partizipation eingestuft. Sowohl B3 als auch B4 sehen in dem bewussten Kauf oder Verzicht von Produkten eine gute Möglichkeit, im Alltag durch kleine machbare Schritte politisch aktiv zu werden (vgl. B3, Z. 1254ff.; B4, Z. 1240ff.). Was die Bedeutung der Teilnahme an Demonstrationen betrifft, differieren die Meinungen der Teilnehmerinnen teilweise stark und sind in hohem Maße von den jeweiligen Erfahrungen im Herkunftsland geprägt. Auf diesen Punkt soll in Punkt 6.2.4.1 gesondert eingegangen werden. Zur Bedeutung der Mitgliedschaft in einer Partei äußert sich lediglich eine Teilnehmerin und stuft diese als gering ein (vgl. B3, Z. 1251f.). Das freiwillige Engagement in Organisationen hingegen spielt während der Diskussion eine große Rolle und wird von den Teilnehmerinnen als so bedeutend wahrgenommen, dass es von allen in der einen oder anderen Form praktiziert wurde oder wird. Dieser Aspekt wird in Punkt 6.2.3 gesondert beleuchtet.

Da in vorliegender Arbeit die politische Partizipation auf kommunaler Ebene im besonderen Fokus steht, sei an dieser Stelle auch erwähnt, dass zwei der Teilnehmerinnen die Beteiligung auf lokaler Ebene explizit hervorheben. So führt B2 an, dass der Kontakt zu

Politiker_innen durch persönliche Ansprache insbesondere auf kommunaler Ebene relevant ist (vgl. B2, Z. 1443f.). B3 äußert die Überlegung, dass die Beteiligung an Wahlen umso einfacher erscheint, je überschaubarer die Größe des Wahlgebietes ist und je bekannter damit die Kandidat_innen den Wähler_innen sind. Demzufolge bewertet sie eine Einteilung von Bevölkerungsgruppen in möglichst kleine organisatorische und politische Einheiten als positiv. Denn „[i]n große Sachen, da ist, wo man kompliziert ist“ (B3, Z. 1181).

6.2.3 Politisches Partizipationsverhalten der Teilnehmerinnen

Aufbauend auf die Wahrnehmung politischer Partizipation als bedeutungsvoll und damit im Allgemeinen erstrebenswert geben alle sechs Teilnehmerinnen an, politisch engagiert zu sein. Vier der Teilnehmerinnen äußern zudem den Wunsch, in Zukunft stärker politisch zu partizipieren beziehungsweise weitere Formen des Engagements auszuüben.

Im Laufe der Diskussion werden drei Partizipationsformen genannt, die von einigen Teilnehmerinnen bereits ausgeübt werden: Die Beteiligung an Wahlen, das bewusste Konsumverhalten sowie das freiwillige Engagement in Organisationen. B2 gibt an, sich als EU-Zuwanderin an Kommunalwahlen beteiligen zu dürfen und diese Möglichkeit auch zu nutzen (vgl. B2, Z. 1003ff.). B3 und B4 versuchen, beim Kauf spezieller Produkte bewusst zu agieren, indem sie auf nicht-saisonale Ware (vgl. B3, Z. 1258ff.) oder umweltschädliche Verpackungen weitestgehend verzichten (vgl. B4, Z. 1240ff.). Die von den Teilnehmerinnen am häufigsten genutzte Form der politischen Partizipation stellt das freiwillige Engagement in Organisationen dar. Dieses reicht vom Engagement für Frauen und Mädchen (betrifft B1), über die aktive Mitgliedschaft in Vereinen im universitären Umfeld (betrifft B3, B5 und B6), bis hin zum Engagement gegen Rassismus (betrifft B2).

Obwohl jede der Befragten politische Partizipation in der einen oder anderen Form ausübt, fällt ihre jeweilige Selbsteinschätzung zu diesem Thema sehr unterschiedlich aus. Während die meisten Teilnehmerinnen auf die Frage, ob und wie sie das Leben in Deutschland mitgestalten, verhalten reagieren, schätzt B2 ihren eigenen Betrag und auch denjenigen der anderen Teilnehmerinnen selbstbewusst positiv ein. Ihrer Meinung nach sind Migrant_innen in Deutschland vergleichbar aktiv in Bezug auf politische Partizipation wie die Mehrheitsbevölkerung. Das Problem liegt aus der Sicht der Teilnehmerin

allerdings darin, dass die Aktivitäten von Migrant_innen sowohl von ihnen selbst als auch von der Gesamtbevölkerung nicht als politische Partizipation wahrgenommen und anerkannt werden:

[...] viele Menschen mit Migrationshintergrund, wie wir uns hier beteiligen, das wird nicht als Beteiligung wahrgenommen. Oder wie wir uns engagieren, das wird nicht als solcher wahrgenommen. [...] also ich glaube wir machen viele Hausaufgabenbetreuung, also vielleicht helfen wir, wenn wir sowieso schon Hausaufgaben machen müssen Zuhause, dann machen wir das vielleicht mit mehreren Kindern. Oder wir helfen natürlich unseren Nachbarn, aber wir stempeln das nicht gleich ab, ach, jetzt mache ich Nachbarschaftshilfe. Und dann gehe ich in, keine Ahnung, in eine Freiwilligenagentur und lass mich registrieren und bla, bla. Weil wir auch nicht auf die Idee kommen und das vielleicht auch nicht brauchen, wir wissen darüber auch nicht. [...] Also da ist vielleicht nur so ein Verständnisproblem oder Vermittlungsmangel zwischen, ja, was verstehen wir unter Engagement? Oder was machen wir? (B2, Z. 117ff.)

In Bezug auf alle oben genannten, bereits von den Befragten praktizierten, Formen politischer Beteiligung wird von den Teilnehmerinnen der Wunsch nach (noch) stärkerem eigenem Engagement geäußert (vgl. B6, Z. 172ff.; B3, Z. 84f.; B4, Z. 204f.). Die Gründe, warum die Teilnehmerinnen ihre angesprochenen Wünsche nicht in die Tat umsetzen (können), möchte der folgende Punkt 6.2.4.1 näher beleuchten.

6.2.4 Einflussfaktoren für politisches Partizipationsverhalten

6.2.4.1 *Negative Einflussfaktoren*

Wie oben gezeigt, wird politische Partizipation von den Teilnehmerinnen als wichtig für das Individuum und die Gesellschaft eingestuft. Demnach besteht bei den Befragten der grundsätzliche Wunsch, sich politisch zu beteiligen. Im Laufe der Diskussion zeigte sich, dass alle Befragten in der einen oder anderen Form bereits politisch aktiv sind, durchaus aber noch Potential zu stärkerem beziehungsweise weiterführendem Engagement erkennbar ist. Anders ausgedrückt: Die Befragten geben in der Diskussion zu verstehen, dass ihre Bereitschaft zum Engagement deutlich höher liegt als es ihre individuellen Möglichkeiten derzeit zulassen. In diesem Sinne erscheint politische Partizipation aus der Sicht der Befragten als Luxusgut.

Die Faktoren, die dieses Luxusgut formen und die die Teilnehmerinnen in ihrer Partizipationsbereitschaft beschränken, sind Aussagen der Befragten zufolge vielseitig. Eingeschränkte Rechte, fehlendes Wissen und fehlende Kontakte zur einheimischen Bevölkerung machen bestimmte Formen politischer Partizipation (fast) unmöglich. Die Notwendigkeit, sich gerade in der Anfangszeit in Deutschland auf existentielle Dinge fokussieren zu müssen, trägt in ebenso entscheidendem Maße zur Reduzierung der tatsächlichen Beteiligung bei. Schließlich sind es auch die negativen Vorerfahrungen im jeweiligen Heimatland, aufgrund derer einige Formen politischer Partizipation seitens der Teilnehmerinnen nur sehr ungern beziehungsweise gar nicht ausgeübt werden.

Bei der Diskussion über die Beteiligung an Wahlen machen drei der Teilnehmerinnen auf ihr eingeschränktes Wahlrecht aufmerksam und machen im Zuge dessen deutlich, dass ihre fehlende Stimmabgabe bei Wahlen nicht etwa an ihrer mangelnden Bereitschaft liegt (vgl. B2, Z. 1003ff.; B4, Z. 1370 ff., B6, Z. 1378f.). Dabei erläutert B4 den Kern des Problems:

[a]lso ich kann für mich sagen, es ist bei mir so, da ich kein Recht dafür habe. Also ich würde wählen hier für Europawahl, für Bürgermeisterwahl weiß ich nicht, aber ich habe noch kein Recht dafür, also ich habe keine Dokumente, keinen Anspruch darauf und deswegen, meine Hände sind verbunden. Also ich habe Meinung, ich würde teilnehmen, aber ich darf noch nicht und deswegen ist ein bisschen mehr schwierig für uns, weil kann man nicht sagen, es ist schwarz und weiß, wir wollen gar kein Teilnahme nehmen [...]. (B4, Z.1370ff.)

Als weiteres Hemmnis für die individuelle Bereitschaft zur Partizipation wird von einigen Teilnehmerinnen außerdem mangelndes Wissen, das für eine aktive Teilnahme am Leben im Deutschland zentral ist, genannt. Neben Kenntnissen zu Regeln und Pflichten in Deutschland (vgl. B1, Z. 31ff, Z. 544ff.) wird hier in besonderem Maße auf die Notwendigkeit ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache verwiesen. B1 betont, dass bei allen Überlegungen zum Leben und zum Engagement in Deutschland die Sprache an erster Stelle stehen sollte (vgl. B1, Z. 29f.). Sie kann sich derzeit insbesondere deswegen keine aktive Mitgliedschaft in Vereinen vorstellen, weil sie die deutsche Sprache aus ihrer Sicht noch nicht ausreichend beherrscht (vgl. B1, Z. 43). B6 stimmt mit ihr bezüglich der Bedeutung des Spracherwerbs überein und setzt diesen auch in Relation zum Thema „sich informieren über Politik/sich eine eigene Meinung bilden“:

Ja, natürlich. Die Sprache kommt an erster Stelle, das ist Sprache, weil man kann alles durch Internet wissen, aber ohne Sprache kann ich nichts lesen, wenn ich die Sprache nicht kann. Ja, die Sprache ist zuerst. (B6, Z. 567ff.)

Laut B1 und B6 wirken sich mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache demnach sowohl auf die Partizipationsbereitschaft, als auch auf die tatsächliche Partizipation jeder/jedes Einzelnen negativ aus.

Ähnlich verhält es sich aus der Sicht der Befragten B6 mit mangelnden sozialen Kontakten zur einheimischen Bevölkerung:

[I]ch meine die neue Leute, als, äh, sie nach Deutschland kommen, brauchen immer wieder, immer wieder, äh, jemanden, der, äh, eure Hand, äh, sehr gut fassen kann und äh, das Leben in Deutschland zeigen. [...] [M]an kommt ganz blind, ganz blind, weiß nichts, braucht jemand, der ihm helfen kann. Ohne das, kann man nichts machen. (B6, Z. 185ff.)

Auch wenn die anderen Befragten die mangelnden sozialen Kontakte zur einheimischen Bevölkerung nicht explizit als Grund dafür angeben, dass ihre Partizipationsbereitschaft dadurch abgemildert wird, fällt auf, dass der schwierige Aufbau von sozialen Kontakten in Deutschland oft als problematisch beschrieben wird. Bei fünf von sechs Teilnehmerinnen kommt zur Sprache, dass es ihnen anfänglich schwergefallen ist beziehungsweise immer noch schwer fällt, Beziehungen oder Freundschaften mit Deutschen aufzubauen (vgl. B1, Z. 604ff.; B3, Z. 383ff., B4, Z. 214ff.; B5, Z. 440ff; B6, Z. 189ff.). Die Tatsache, dass fast alle Teilnehmerinnen auf diesen mangelnden sozialen Kontakt innerhalb einer Diskussion, die rund um das Thema Engagement in Deutschland geführt wird, aufmerksam machen, könnte darauf hinweisen, dass der mangelnde Kontakt zur einheimischen Bevölkerung ein Hemmnis für politische Partizipation darstellt.

Als ebenso gravierenderer – negativer – Einflussfaktor auf das Partizipationsverhalten der Befragten hat sich im Laufe der Diskussion die Notwendigkeit, sich auf existentielle Dinge konzentrieren zu müssen, herauskristallisiert. Es sind die grundlegenden, als unausweichlich empfundenen, Bedürfnisse und Ängste, die es insbesondere in der Anfangszeit in Deutschland abzudecken beziehungsweise einzudämmen gilt, die ein großes Hemmnis für politische Beteiligung darzustellen scheinen. Bedeutende Fragen in Bezug auf die jeweilige finanzielle Situation, den Aufenthaltsstatus, die Unterkunft, die Arbeits- beziehungsweise Studiensituation oder auch den Spracherwerb und den Aufbau von sozialen Kontakten lassen Überlegungen zur politischen Beteiligung vorerst zweitrangig erscheinen. Politische Partizipation wird in diesem Zusammenhang als Luxus

empfundene und von zwei Befragten auch explizit als solcher betitelt (B2, Z. 646, Z. 663; B5, Z. 727). B2, die das Wort „Luxus“ in der Diskussion im Zusammenhang mit freiwilligem Engagement in Organisationen als Erste ins Spiel bringt, fasst die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund folgendermaßen zusammen:

[I]ch finde am Anfang ist man einfach mit existenziellen Sachen beschäftigt. Also Sprache, aber auch, ganz existenziell, habe ich Zugriff auf mein Geld? Kann ich mir ein Brötchen kaufen? Oder kann ich nicht/ Äh, habe ich wo zu wohnen? [...] Habe ich eine Arbeit? Kriege ich irgendwelche Leistungen? Habe ich ein Kitaplatz? Wie funktioniert das hier? Worauf habe ich Anspruch und worauf habe ich keinen Anspruch? Ähm, das heißt, in dieser Phase ist ehrenamtliches Engagement vielleicht ein bisschen Luxus, weil man zum einen mit existenziellen Sachen, mit Existenzsicherung beschäftigt ist. Und, ähm, genau und das (bildet?) nicht nur die Zeit, sondern auch die Emotionen. (B2, Z. 639ff.)

Damit spricht sie zwei zentrale Bedingungen an, die für eine tatsächliche politische Beteiligung gegeben sein müssen, durch den Fokus auf existentielle Dinge allerdings stark eingeschränkt sind: emotionale und zeitliche Kapazitäten. B5 unterstreicht, dass „keine Zeit und keine Energie für etwas anderes“ bleibt, „wenn man so viel im Kopf halten muss“ (B5, Z. 704f.). In diesem Zusammenhang ist sie überzeugt davon, dass sie sich an der Gesellschaft aktiver beteiligen würde, wenn die aus ihrer Sicht grundlegenden Angelegenheiten bereits geklärt wären (vgl. B5, Z. 701ff.). Momentan stellen sich für sie allerdings zu viele Fragen, auf die es „wirklich keine Antworten“ (B5, Z. 727) gibt. B4 verweist ebenfalls auf den Problemfaktor Zeit und erklärt, dass die aktive Beteiligung an der Gesellschaft für sie erst an dem Punkt möglich wird, an dem sie sich in dieser Gesellschaft angekommen und damit „wohl fühlen“ (B4, Z. 141) kann (vgl. B4, Z. 138ff.).

Schließlich sind es auch die in den jeweiligen Herkunftsländern gesammelten Erfahrungen, welche die Teilnehmerinnen in ihrem Partizipationsverhalten in Deutschland hemmen. Vor diesem Hintergrund lösen Überlegungen zur politischen Partizipation bei ihnen Hoffnungslosigkeit aus, oft gepaart mit einem Gefühl der Angst. Fünf der sechs Teilnehmerinnen assoziieren politische Aktivität im jeweiligen Herkunftsland unmittelbar mit einer Gefahr für Leib und Leben. B1 aus Syrien berichtet von Menschen, die „einfach verschwinden“, weil sie „gute Ged[a]nke[n] haben, neue Ged[a]nken“ (B1, Z. 841). Auch B6 aus Syrien, B3 aus Kolumbien, B4 aus Ungarn und B5 aus Venezuela haben die Erfahrung gemacht, dass politisch aktive Personen aufgrund ihres Engagements ihr Leben aufs Spiel setzen (vgl. B6, Z. 1312; B3, Z. 800; B4, Z. 464; B5, Z. 1304f.).

Besonders häufig werden lebensbedrohliche Situationen in Zusammenhang mit der Teilnahme an Demonstrationen geschildert. Dieses Gefahrenpotential wird auch als Grund dafür genannt, warum sich die meisten Befragten auch in Deutschland kaum oder gar nicht vorstellen können, demonstrieren zu gehen. B6 führt einen weiteren Aspekt an, inwiefern diese negativen Erlebnisse bei ihr dazu geführt haben, dass sie persönlich in der Teilnahme an Demonstrationen keinen Sinn (mehr) sieht:

Und wenn man seine Leben in Gefahr bringen und etwas gut passiert, das ist okay, aber bringt sein Leben in Gefahr und dann nichts, nichts/ wir haben keine Resultat. Unsere Syrien, unsere Heimat ist ganz kaputt, wegen [...] Demo. Und am, am Ende wir haben nichts gemacht, nichts verändert, nur, dass unsere Land ist kaputt und äh, wir sind entweder Flüchtlinge oder gestorbene Leute oder verhaftete Leute und so. Demonstration, dieses Wort für mich [...] negativ, weil Demonstration, Demonstration ich finde hier in Deutschland auch, kann nichts machen (B6, Z. 1308ff.).

Damit formuliert B6 Gefühle der Hoffnungslosigkeit und Resignation, die bei den Teilnehmerinnen in Bezug auf politische Partizipationserfahrungen in ihren Heimatländern insgesamt dominierend sind und die oft auch auf die Situation in Deutschland übertragen werden. Ähnlich wie B6 ist die Teilnehmerin aus Venezuela aufgrund ihrer Vorerfahrung der Überzeugung, dass die Bevölkerung wenig Möglichkeiten hat, etwas Grundlegendes zu verändern: „Weil eben ich habe dann/ wir haben auch zu viel erlebt zwanzig Jahren und wir konnten nichts ändern und immer wieder“ (B5, Z. 812f.). Aus ihrer Sicht sind weder die Teilnahme an Demonstrationen noch diejenige an Wahlen zielführend, da Entscheidungen unabhängig von Demonstrationen getroffen werden (vgl. B5, Z. 1298ff.) und Wahlen leicht verfälscht werden können (vgl. B5, Z. 821ff.).

6.2.4.2 Positive Einflussfaktoren

Neben den oben genannten Einflussfaktoren, die dazu beitragen, dass politische Partizipation als Luxus wahrgenommen wird, weil es den derzeit verfügbaren Rahmen übersteigt, werden von den Befragten auch andere Faktoren genannt, die dieses Luxusgut an manchen Stellen zum Allgemeingut werden lassen.

So wirken sich etwa negative Erfahrungen aus den jeweiligen Herkunftsländern insgesamt negativ auf das Partizipationsverhalten der Teilnehmerinnen aus, die Erfahrungen werden aber nicht in allen Fällen auf die Situation in Deutschland übertragen. Drei der

Teilnehmerinnen weisen darauf hin, dass sie die politische Situation in Deutschland als „viel besser“ (B5, Z. 870) und „stabil“ (B3, Z. 772) im Vergleich zu ihren Herkunftsländern einschätzen. Eine Teilnehmerin schließt daraus, dass sie sich diesen Unterschied immer wieder bewusst machen und Vertrauen in das politische Partizipationssystem in Deutschland aufbauen sollte. Auch wenn es für sie eine große Herausforderung darstellt, möchte sie dem Gefühl der Resignation, das durch Erfahrungen in ihrem Herkunftsland ausgelöst wurde, in ihrem Leben in Deutschland möglichst wenig Platz lassen (vgl. B2, Z. 1190ff., Z. 1276ff.).

Als positiver Einflussfaktor für politisches Partizipationsverhalten kam außerdem die Unterstützung durch staatliche Strukturen oder, darüber hinausgehend, durch die deutsche Bevölkerung zur Sprache. B3 hebt die Unterstützung durch den Integrationskurs positiv hervor, der ihr nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch politische, gesellschaftliche und geschichtliche Erläuterungen zum Leben in Deutschland näher brachte (vgl. B3, Z. 586ff.). B1 und B2 berichten von Menschen, die zusammen mit ihnen die deutsche Sprache praktizierten und damit ihre Fähigkeit zur politischen Partizipation in Deutschland förderten (vgl. B1, Z. 608f.; B2, Z. 618ff.). B6 schließlich weist darauf hin, dass ihr freiwilliges Engagement in einem universitären Verein nur dadurch zu Stande gekommen ist, dass sie durch deutsche Mitglieder des Vereins explizit dazu eingeladen wurde (vgl. B6, 180ff.).

Im Gegensatz zur Unterstützung durch die deutsche Bevölkerung wird die Hilfestellung durch Communities des jeweiligen Herkunftslandes oder durch ausländische Communities im Allgemeinen von den Teilnehmerinnen sehr ambivalent wahrgenommen. Einerseits wird der (zu regelmäßige) Kontakt zu diesen Communities als wenig oder gar nicht förderlich für eine aktive Beteiligung am Leben in Deutschland angesehen (vgl. B2, Z. 293ff.; B3, Z. 378ff.; B4, Z. 318ff.; B5, Z.). Andererseits wird er aber auch als essentiell beschrieben, um sich anfangs in Deutschland zurechtzufinden und somit auch, um Raum für politische Beteiligung zu schaffen. Diese Einschätzung führt in einigen Fällen dazu, dass die Teilnehmerinnen sich selbst, als Expertinnen in Bezug auf die schwierige Anfangssituation in Deutschland, freiwillig engagieren (vgl. B1, Z. 479ff.; B4, Z. 199ff.; B5, Z. 247ff.; B5, Z. 426ff.). Aus den Aussagen der Befragten lassen sich demnach keine eindeutigen Schlüsse ziehen, inwieweit die Unterstützung durch ausländische Communities aus ihrer Sicht als negativer oder positiver Einflussfaktor für politische Partizipation in Deutschland zu sehen ist.

7 Diskussion

7.1 Limitationen der Studie

Da sich der Aufbau der Kontakte im Hinblick auf die Akquise der Teilnehmerinnen im universitären Umfeld vollzog, stieg die Wahrscheinlichkeit, Teilnehmerinnen mit relativ hohem Bildungsniveau für die Diskussion zu gewinnen, was letztendlich auch der Fall war (vgl. Punkt 5.1). Es ist nicht auszuschließen, dass Teilnehmerinnen mit einem niedrigeren Bildungsniveau sich bezüglich vieler angesprochener Aspekte in anderer Art und Weise geäußert hätten. Dies ist insbesondere auch deswegen zu bedenken, da das jeweilige Verständnis von Politik und die Einstellung gegenüber politischer Beteiligung in nicht zu unterschätzendem Maße von der Möglichkeit abhängen, sich innerhalb verschiedener Bildungsinstitutionen eine Meinung darüber zu bilden.

Eine weitere Limitation der vorliegenden Studie ergibt sich aus ihrem zeitlich begrenzten Rahmen. Der Grounded Theory Methodologie zufolge sollten Datengewinnung, Datenanalyse und Theoriebildung parallel zueinander verlaufen. Nach der Analyse der aus dem ersten Fall gewonnenen Daten können zwar schon erste theoretische Aussagen getroffen werden, diese müssen aber bis zum Moment der theoretischen Sättigung immer wieder überprüft werden (vgl. Punkt 5.3). Aufgrund des begrenzten Rahmens der vorliegenden Arbeit konnten zusätzlich zur Gruppendiskussion allerdings keine aufbauenden Datenerhebungen durchgeführt werden. In diesem Sinne sind die präsentierten Ergebnisse als erster Beitrag zu einer Theoriebildung zu verstehen, die bis zum Moment der theoretischen Sättigung weitergeführt werden sollte.

7.2 Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Gruppendiskussion vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstandes

Betrachtet man die Ergebnisse der Gruppendiskussion vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstandes, ergeben sich interessante Erklärungsansätze für die geringere politische Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu derjenigen der Mehrheitsbevölkerung. Auch lassen sich aus ihnen Möglichkeiten zur Steigerung der politischen Partizipation dieser Bevölkerungsgruppe ablesen.

7.2.1 Erklärungsansätze für die geringere politische Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund

Noch vor der Formulierung von Erklärungsansätzen sei auf eine Bemerkung einer Teilnehmerin hingewiesen, welche einerseits die Relevanz, andererseits auch die Schwierigkeit der genauen Definition von politischer Beteiligung vor Augen führt:

ich fand das so lustig, äh, wir haben zuerst alle gesagt, ja, ehrenamtliches Engagement, nein, mache ich nicht, nicht wichtig. Dann in der nächsten Runde haben wir alle darüber berichtet, dass wir das tun. Äh, dann haben wir das wiederholt zu der Frage Politik, äh und deshalb finde ich, dass all diese Studien einfach schlecht gemacht sind, weil sie nicht sichtbar machen, was da ist, [...] weil diese Studien nur in den deutschen Kategorien denken und unter dem deutschen Stempel denken und überhaupt keine Flexibilität und Beweglichkeit, wie, was ist Engagement? Was ist Politik? Ich meine, welche Produkte ich kaufe, das ist, das ist Politik. Äh, ob ich mich an der Uni engagiere, das ist Politik, das ist ehrenamtliches Engagement. [...] Also ich bin immer sehr sauer, wenn ich diese Studien lese, weil ich finde die sind schlecht gemacht [...] (B2, Z. 1395ff.).

Wie bereits in Punkt 2.1.1 beschrieben, stellt die Definition politischer Partizipation Wissenschaftler_innen immer wieder vor neue Herausforderungen und Fragen, die nicht in allgemeingültiger Art und Weise beantwortet werden können. Je nach genauem Verständnis des Begriffs können die Studienergebnisse zum Thema politische Partizipation variieren. Die in Punkt 3.2 beschriebene, auf verschiedenen Studien basierende, Erkenntnis der geringeren politischen Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung kann vor diesem Hintergrund freilich in Frage gestellt werden. Auch die Gruppendiskussion ist als einzelnes qualitatives Forschungsinstrument nicht in der Lage, diese Erkenntnis zu bestätigen. Allerdings weist

die Gruppendiskussion – für welche der Begriff der politischen Partizipation bewusst weit gefasst wurde und viel Raum für Interpretationen zuließ – einen interessanten Aspekt auf, auf den auch Simonson et al. in ihrem Freiwilligensurvey 2014 in Bezug auf ehrenamtliches Engagement hingewiesen haben (vgl. Simonson et al. 2014, S. 617f.): unabhängig vom jeweiligen Definitionsrahmen der Teilnehmerinnen liegt das individuelle *Potential* zur politischen Beteiligung höher als die *tatsächliche* individuelle Beteiligung (vgl. Punkt 6.2.3 und Punkt 6.2.4.1). In diesem Zusammenhang könnte es sinnvoll erscheinen, die Forschungsfrage „Warum beteiligen sich Frauen mit Migrationshintergrund weniger oft politisch als die Mehrheitsbevölkerung?“ unter Umständen in folgende Richtung zu präzisieren: „Warum liegt bei Frauen mit Migrationshintergrund das Potential zur politischen Beteiligung höher als ihre tatsächliche politische Beteiligung?“ Entscheidend ist aber, dass sich für beide Fragen die Suche nach Gründen in sehr ähnlicher Art und Weise gestaltet. Im Kern geht es darum, Hemmnisse für Frauen mit Migrationshintergrund in Bezug auf die politische Beteiligung aufzuzeigen. Im Folgenden soll dies dadurch geschehen, dass die Ergebnisse der Gruppendiskussion vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstandes beleuchtet werden.

Wie in Punkt 3.2 gezeigt, nimmt laut Ergebnissen aktueller Studien die jeweilige Aufenthaltsdauer von Menschen mit Migrationshintergrund einen entscheidenden Einfluss auf deren Partizipationsverhalten. Tendenziell steigt die Wahrscheinlichkeit, sowohl sich mit politischen Themen in Deutschland zu befassen und ein politisches Bewusstsein zu entwickeln, als auch politisch aktiv zu sein, umso mehr an, je länger eine Person bereits in Deutschland lebt. Auch aus den Ergebnissen der Gruppendiskussion lässt sich schließen, dass – um es mit Müssig und Worbs zu formulieren – die „Teilhabe am politischen Leben wie Integration im Allgemeinen ein Prozess ist, der Zeit benötigt“ (Müssig/Worbs 2012, S. 41). Der Faktor Zeit fügt der zentralen Frage in Bezug auf die Ursachenforschung das entscheidende Wort „noch“ hinzu: Der Frage danach, warum sich Frauen mit Migrationshintergrund *noch* nicht in ähnlichem Maße politisch beteiligen wie die Mehrheitsbevölkerung. Damit liefert er gleichzeitig einen Erklärungsansatz. Wenn Frauen mit Migrationshintergrund in ihrem politischen Partizipationsverhalten *noch* keine vergleichbare Aktivität zeigen, so liegt es in vielen Fällen daran, dass die Zeit dafür aus verschiedenen Gründen (vgl. Punkt 6.2.4.1) noch nicht gekommen ist. Es bedeutet jedoch nicht, dass eine (noch stärkere) politische Aktivität in den kommenden Jahren für

sie nicht in Frage kommt. „Ich bin noch nicht so weit gekommen“ (B5, Z. 1295, Z. 1302). Die Aussage, die von der Teilnehmerin aus Venezuela in Bezug auf die Teilnahme an Demonstrationen viermal wiederholt wird (vgl. auch B5, Z. 1297f., Z. 1306), verdeutlicht, dass eine zukünftige Ausübung dieser Form der politischen Partizipation von ihr nicht ausgeschlossen wird, ihr der jetzige Zeitpunkt dafür aber nicht günstig erscheint. Auch bei den anderen Teilnehmerinnen wird deutlich, dass Überlegungen zur politischen Beteiligung oft zukunftsbezogen diskutiert werden – für den Moment sind diese zu Gunsten anderer Aktivitäten häufig hinten angestellt und werden wie oben gezeigt als Luxusgut wahrgenommen. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Studienergebnissen von Cyrus und Vogel, die drauf verweisen, dass die Bewältigung des unmittelbaren Alltags bei Menschen mit Migrationshintergrund in vielen Fällen größere Priorität genießt als die Ausübung politischer Aktivitäten (vgl. Cyrus/Vogel 2008, S. 35).

Davon abgesehen weisen die Ergebnisse der Gruppendiskussion auf einen weiteren Erklärungsansatz für die geringere politische Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft hin, der Sauers Kritik an eben jener Gesellschaft unterstützt (vgl. Punkt 3.3). Laut Sauer sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die für eine stärkere politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund zentral wären, zu weiten Teilen nicht gegeben (vgl. Sauer 2016, S. 275). Auch innerhalb der Gruppendiskussion wird deutlich, dass sich die Teilnehmerinnen oft mehr Verständnis für ihre unterschiedlichen Lebenssituationen und damit eine größere gesellschaftliche Offenheit wünschen würden. Defizite sehen sie insbesondere in Bezug auf die Wertschätzung ihres (politischen) Engagements im Rahmen ihrer Möglichkeiten (vgl. Punkt 6.2.3) sowie in Bezug auf juristische Grenzen, die ihre politische Beteiligung deutlich erschweren. B2 spricht in diesem Zusammenhang von „unerfüllbare[n] Erwartungen“, die „oft oder teilweise von der deutschen Gesellschaft gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund“ (B2, Z. 650f.) gestellt werden und erhofft sich ein „bisschen mehr Verständnis für die unterschiedlichen Lebenslagen“ (B2, Z. 1387f.). Die juristische Beschränkung in Bezug auf das Wahlrecht wird von drei Teilnehmerinnen als großes Hindernis für politische Beteiligung in Deutschland genannt (vgl. B2, Z. 1003ff.; B4, Z. 1370 ff., B6, Z. 1378f.).

7.2.2 Möglichkeiten zur Steigerung der politischen Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund

Aus den Ergebnissen der Gruppendiskussion und aufbauend auf die in Punkt 7.2.1 genannten Erklärungsansätze lassen sich Möglichkeiten zur Steigerung der politischen Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund herauslesen. Als zentraler Punkt erweist sich dabei einerseits die konkrete, im besten Fall individuelle, Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere in ihrer Anfangszeit in Deutschland. Andererseits ist auch eine schrittweise Öffnung der Mehrheitsgesellschaft bedeutend, die darauf ausgerichtet sein sollte, größeres Verständnis für die Lebenslagen von Migrant_innen zu generieren und günstigere juristische Rahmenbedingungen für deren politische Beteiligung zu schaffen.

Wie in Punkt 6.2.4.1 geschildert, bilden laut Aussagen der Teilnehmerinnen mangelnde Kenntnisse (insbesondere in Bezug auf die deutsche Sprache), fehlende soziale Kontakte, der notwendige Fokus auf existentielle Dinge sowie die im Herkunftsland geprägten negativen Erfahrungen in Bezug auf politische Beteiligung große Hemmnisse für politische Partizipation. Es ist bemerkenswert, dass all diese Aspekte in Situationen besonders relevant erscheinen, in denen Menschen mit Migrationshintergrund zwar physisch in Deutschland angekommen sind, sich gedanklich aber noch einfinden müssen. Dies ist insbesondere in der Anfangsphase in Deutschland der Fall, im Hinblick auf den „Prozess [...], der Zeit benötigt“ (Müssig/Worbs 2012, S. 41), teils aber auch noch Jahre nach dem ersten Ankommen in Deutschland. An dem Punkt, an dem Kenntnisse ausgeweitet, soziale Kontakte geknüpft und der individuelle Fokus nicht mehr auf grundlegende Dinge des Alltags gelegt werden muss, scheint eine durchaus hohe Wahrscheinlichkeit zu bestehen, sich von negativen Assoziationen, die mit politischer Beteiligung verknüpft sind, zu lösen und (stärker) politisch aktiv zu werden.

Wie aber kann dieser Punkt erreicht werden? Wie können Menschen in dem Prozess des Ankommens in Deutschland und des „sich-Einfindens“ in deutsche Strukturen und den deutschen Alltag (noch besser) unterstützt werden? An dieser Stelle ist wieder auf die bereits in Punkt 6.2.4 herausgestellte Relevanz der Hilfestellung durch die einheimische Bevölkerung hinzuweisen, die über die Unterstützung von behördlicher Seite hinausgeht und die sich in vielfältiger Art und Weise zeigen kann. „[J]emand[], der, [...] [die] Hand [...] sehr gut fassen kann und [...] das Leben in Deutschland zeigen [kann]“ (B6, Z. 187f.)

erweist sich hier als zentral. Er oder sie kann beispielsweise auf der Suche nach den „richtigen Informationen“ hilfreich sein, als Gesprächspartner zum Erlernen der deutschen Sprache fungieren oder auch als Freund_in den Alltag erleichtern:

[E]s gibt jetzt diese Integrationskurse, aber, wenn ich zum einen Kurs gehe, Sprachkurs und dann vier Stunde, drei Stunde komme ich zurück nach Hause. Ich brauche diese Sprache [...] die ich, äh, gelernt habe zum Reden. Mit wem rede ich? Mit wem werde ich diese Sprache, äh, reden oder sprechen, wenn ich [...] keine deutsche Leute kenne. Ich brauche wenigstens eine deutsche Freundin, ja, damit die Sprache reden.

Wie in Punkt 6.2.4.2 beschrieben, zeigt die Erfahrung der Diskussionsteilnehmerinnen, dass Hemmnisse in Bezug auf politische Beteiligung unmittelbar abgebaut werden können, wenn Frauen mit Migrationshintergrund individuelle Unterstützung durch die deutsche Bevölkerung erhalten.

Abgesehen von der Unterstützung durch Einzelpersonen zeigen die Ergebnisse der Gruppendiskussion aber auch, dass es im Allgemeinen einer größeren gesellschaftlichen Offenheit bedarf um die Problematik der geringeren politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund angemessen anzugehen. Diese Offenheit wird auch von Wissenschaftler_innen, wie beispielsweise von Sauer oder von Roth (vgl. Sauer 2016, S. 275; Roth 2018, S. 635ff.), immer wieder gefordert. Essentiell sind dabei eine sensiblere Wahrnehmung der Problematik, größeres Verständnis für die unterschiedlichen Lebenslagen von Menschen mit Migrationshintergrund sowie eine stärkere Wertschätzung der von ihnen praktizierten politischen Aktivitäten im Rahmen ihrer Möglichkeiten (vgl. Punkt 6.2.3 und 7.2.1).

Ein Beispiel dafür bildet das Angebot flexibler Engagementmodelle insbesondere für die Menschen, die sich abgesehen von ihrem Engagement um grundlegende Dinge des Alltags kümmern müssen und aus diesem Grund nur bedingt und nicht immer vorhersehbar Zeit und Energie für die jeweilige Aktivität aufbringen können. So berichtet eine Diskussionsteilnehmerin von einer ehrenamtlichen Tätigkeit, bei der sie sich ihre Zeit frei einteilen und flexibel gestalten kann und die sie deswegen gerne in ihren Alltag integriert (vgl. B2, Z. 274ff.). Ein anderes Beispiel für größere gesellschaftliche Offenheit kann sein, dass Parteimitglieder offen auf Menschen mit Migrationshintergrund zugehen und aktiv versuchen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und mehr über ihre unterschiedlichen Lebenssituationen zu erfahren. Die Tatsache, dass die Mitgliedschaft in einer

Partei von keiner Teilnehmerin als bedeutendes Element politischer Beteiligung eingestuft wurde, könnte ein Indiz dafür sein, dass Parteien sämtlicher Couleur hier große Defizite aufzuholen haben, so wie es Wissenschaftler_innen propagieren (vgl. Hossain et al. 2016, S. 243; Cyrus/Vogel 2008, S. 19; Wittlif/Litta 2016, S. 25).

Eine größere gesellschaftliche Offenheit könnte und sollte letztendlich auch zur Schaffung günstigerer juristischer Rahmenbedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund beitragen, die deren politische Beteiligung erleichtern beziehungsweise überhaupt erst möglich machen würden. Denn nur diejenigen Haltungen, die auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen, können letztendlich Einzug in die Gesetzbücher der jeweiligen Gesellschaft halten. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die Ausweitung des Wahlrechts für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und auf den damit eng verknüpften erleichterten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft hinzuweisen, welche nur dann Chancen auf Umsetzung haben, wenn breite öffentliche Debatten zu diesen Themen geführt werden. Die Gruppendiskussion hat gezeigt, dass eingeschränkte Wahlrechte von Frauen mit Migrationshintergrund als großes Hemmnis für politische Partizipation wahrgenommen werden (vgl. Punkt 6.2.4.1). Eine Teilnehmerin beschreibt diese als „riesengroße Diskriminierung“ und fügt als Erklärung hinzu: „wir leben auch hier und wir gestalten dieses Land mit, ähm und die Entscheidungen betreffen uns genauso, wie einen anderen“ (B2, Z. 1009ff.). An dieser Stelle sei hinzugefügt, dass dieses durch eingeschränkte Rechte geschaffene Hemmnis das einzige der in Punkt 6.2.4.1 genannten ist, das *nicht* durch den Faktor Zeit abgebaut werden kann.

Solange also die öffentlichen Debatten auf Grundlage einer allgemeinen gesellschaftlichen Öffnung nicht geführt werden, wird die von vielen Wissenschaftler_innen geforderte rechtliche Gleichstellung *aller* Migrant_innen (vgl. Roth 2018, S. 635ff., S. 649; Sauer 2016, S. 257; Cyrus/Vogel 2008, S. 36) weiterhin in ferner Zukunft erscheinen. Die Förderung politischer Partizipation aus normativer, sowie aus funktionaler und symbolischer Perspektive (vgl. Punkt 3.4) ist von diesen Debatten abhängig und hat nur mit ihnen eine echte Chance, zufriedenstellend auszufallen.

8 Zusammenfassung und Ausblick

Im Zentrum der hier präsentierten Arbeit standen die Fragen, inwieweit sich die politische Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu derjenigen der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet und aus welchen Gründen diese Unterschiede gegebenenfalls entstehen.

Wie zu Beginn der vorliegenden Arbeit gezeigt, stellt es ein schwieriges Unterfangen dar, den Begriff der politischen Partizipation allgemeingültig zu definieren. Hauptgrund dafür ist, dass sein Definitionsraum seit den frühen 1970er eine kontinuierliche Erweiterung erfährt, die zu einer Abgrenzungsproblematik führt. Dennoch kann die von Max Kaase im Jahr 1995 formulierte Definition politischer Partizipation als „Tätigkeiten [...], die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des [...] Politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1995, S. 521) einen soliden Orientierungspunkt bieten. Auch die Frage nach den unterschiedlichen Formen politischer Partizipation wird von Wissenschaftler_innen teilweise unterschiedlich beantwortet. In der hier präsentierten Arbeit wurden unter politischer Beteiligung insbesondere die Beteiligung an Wahlen, Kampagneaktivitäten, das Kontaktieren von Behörden und Politiker_innen, Protestaktivitäten und Neue Soziale Bewegungen, sowie freiwilliges Engagement in Organisationen und bewusstes Konsumverhalten verstanden. Als Personen mit Migrationshintergrund wurden in Anlehnung an das Statistische Bundesamt sowohl Ausländer_innen, als auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die diese nicht durch Geburt besitzen oder Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die mindestens ein Elternteil aufweisen, der zur einer der genannten Gruppen zählt, bezeichnet.

Aktuelle Studien zum Thema politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund – die im Allgemeinen rar gesät sind – zeigen eine geringere politische Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppe im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung auf. Als Grund wird unter anderem genannt, dass Faktoren, die bei Gruppen im Allgemeinen zu einer schwächer ausgeprägten Partizipationsquote führen, innerhalb der Gruppe von Migrant_innen besonders stark ausgeprägt sind (jüngerer Altersdurchschnitt, geringere Bildung, niedrigeres Einkommen). Außerdem werden juristische Beschränkungen, der Fokus auf die Bewältigung des unmittelbaren Alltags sowie die mangelnden bisherigen Erfahrungen im politischen Deutschland als Hemmnisse für

politische Beteiligung aufgeführt. Die mangelnde Öffnung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, die insbesondere auch innerhalb von Parteien spürbar ist, trägt laut Meinung der Wissenschaftler_innen ihr Übriges dazu bei, dass die politische Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppe vergleichsweise gering ausfällt. Aufbauend auf die genannten Gründe und im Bewusstsein der Bedeutung der Förderung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund schlagen die Forscher_innen insbesondere Maßnahmen zum Abbau juristischer Beschränkungen vor, um diese Förderung voranzutreiben. Außerdem verweisen sie auf die Notwendigkeit einer stärkeren Öffnung deutscher Parteien gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund.

Um einen Beitrag zur Ursachenforschung hinsichtlich der geringeren politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund zu leisten, wurde für die vorliegende Arbeit das qualitative Datenerhebungsinstrument der Gruppendiskussion gewählt. Insgesamt nahmen sechs Frauen aus fünf unterschiedlichen Ländern an der Diskussion teil. Die Ergebnisse zeigen, dass ihre politische Beteiligung insbesondere dadurch eingeschränkt wird, dass die Teilnehmerinnen diese als „Luxusgut“ wahrnehmen. Zwar wird politische Partizipation von ihnen überwiegend als erstrebenswert im Sinne von bedeutend angesehen und aus diesem Grund auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten praktiziert, verschiedene aktuelle Einflussfaktoren schränken diese aber (zum Teil stark) ein. Neben eingeschränkten Rechten, fehlendem Wissen und mangelnden sozialen Kontakten zur einheimischen Bevölkerung ist es vor allem der notwenige Fokus auf existentielle Dinge, der ihre politische Beteiligung hemmt. Letzterer nimmt ihre zeitlichen und emotionalen Ressourcen so sehr in Anspruch, dass andere Aktivitäten nachrangig erscheinen. Hinzu kommen negative Vorerfahrungen aus den jeweiligen Herkunftsländern in Bezug auf politische Partizipationsakte, welche teilweise auf die Situation in Deutschland projiziert werden und politische Beteiligung als zu gefährlich oder nicht zielführend erscheinen lassen.

Aus den Ergebnissen der Gruppendiskussion ergibt sich der Faktor Zeit als besonderer Erklärungsansatz für die geringere politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung. Oft geht es den Teilnehmerinnen darum, dass sie sich *noch* nicht politisch beteiligen (können). Der Faktor Zeit zeigt auf, dass das Potential zur politischen Beteiligung bei Frauen mit Migrationshintergrund in vielen Fällen höher liegt als ihre tatsächliche Beteiligung. An

dem Punkt, an die genannten Hemmnisse in Bezug auf mögliche politische Aktivitäten zu großen Teilen abgebaut sind, wird politische Partizipation zunehmend wahrscheinlich. Dazu bedarf es zum einen der (im besten Fall individuellen) Unterstützung von Frauen mit Migrationshintergrund, zum anderen aber auch einer stärkeren Öffnung der Gesellschaft im Allgemeinen ihnen gegenüber.

Die hier präsentierten Ergebnisse sowie die darauf aufbauenden Schlussfolgerungen sind gemäß der Grounded Theory Methodologie als erster Beitrag zu einer vollständigen Theoriebildung zu verstehen. Ein interessanter Anknüpfungspunkt im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Theorie wäre beispielsweise die Frage, welche der herausgefilterten Faktoren nicht nur für die hier untersuchte Gruppe von Frauen mit Migrationshintergrund Hemmnisse für politische Beteiligung darstellen, sondern ebenso für Personen der Mehrheitsgesellschaft. Ist der Fokus auf „wichtigere“ Dinge nicht bei vielen ein Grund dafür, sich für den Moment nicht (noch stärker) politisch zu beteiligen, unabhängig von der jeweiligen Herkunft oder der Aufenthaltsdauer in Deutschland? Liegt in diesem Sinne das Potential zum Engagement nicht *immer* höher als das tatsächliche? Tragen nicht auch hier in Deutschland geborene Personen das Gefühl der Resignation, geprägt von negativen Vorerfahrungen in Bezug auf politische Partizipation in Deutschland, teilweise mit sich? Und welche Auswirkungen hätten diese kritischen Prüfungen auf die hier präsentierten Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen?

Bis diese Fragen im Rahmen weiterführender Untersuchungen geklärt sein werden, bleibt der Faktor Zeit als Dreh- und Angelpunkt der Ursachenforschung für die geringere politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung bestehen. Es gilt also, Geduld zu haben, ohne dabei schlicht abzuwarten. Durch individuelle Unterstützung und eine schrittweise gesellschaftliche Öffnung kann der Punkt erreicht werden, an dem die Attribute „Frau“ und „Migrationshintergrund“ in Bezug auf Migrantinnen in der Politik keiner expliziten Erwähnung mehr bedürfen.

9 Literatur

- [AfD 2019] Alternative für Deutschland 2019: Bundessatzung. Vom 29. November 2015, zuletzt geändert am 1. Juli 2018 (https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/06/AfD-Bundessatzung-Stand-vom-1-Juli-2018_BSG-Urteil-24.05.2019.pdf; Zugriff: 30.10.2019).
- [Andersen/Roßteuschter 2007] Andersen, Jørgen G./Roßteuschter, Sigrid 2007: Small-Scale Democracy. Citizen Power in the Domains of Everyday Life. In: Van Deth, Jan W./Montero, José Ramón/ Westholm, Anders: Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis. London: Routledge, S. 221–254.
- [Bauman 2010] Bauman, Zygmunt 2010: Liquid Times. Living in an Age of Uncertainty. Cambridge: Polity Press.
- [Bogumil/Holtkamp 2006] Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars 2006: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- [Bohnsack 2014] Bohnsack, Ralf 2014: Rekonstruktive Sozialforschung, 9. Auflage, Ploden/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- [Bundeszentrale für politische Bildung 2018] Bundeszentrale für politische Bildung 2018: Bevölkerung mit Migrationshintergrund I. In absoluten Zahlen, Anteile an der Gesamtbevölkerung in Prozent, 2017. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland. (<https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i>; Zugriff: 30.10.2019).
- [Bündnis 90/Die Grünen 2019] Bündnis 90/Die Grünen: Mitglied werden. FAQ – Fragen und Antworten zur Mitgliedschaft (<https://www.gruene.de/mitglied-werden>; Zugriff: 30.10.2019).

- [CDU 2019] Christlich Demokratische Union Deutschlands 2019: Fragen und Antworten zur Mitgliedschaft (<https://www.cdu.de/artikel/fragen-und-antworten-zur-mitgliedschaft>; Zugriff: 30.10.2019).
- [Crouch 2015] Crouch, Colin 2015: Neue Formen der Partizipation als Markenzeichen der Postdemokratie. In: Harles, Lothar/Lange, Dirk (Hg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 11-19.
- [CSU 2019] Christlich-Soziale Union in Bayern 2019: Satzung der Christlich Sozialen Union (<https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/verbaende/ortsverbaende/schwandorf/CSU-Satzung.pdf>; Zugriff: 30.10.2019).
- [Cyrus/Vogel 2008] Cyrus, Norbert/Vogel, Dita 2008: Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten. Oldenburg: Universität Oldenburg (http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/WP13_CyrusVogelPartizipationDeutsch2008.pdf; Zugriff: 30.10.2019).
- [Die Bundesregierung 2011] Die Bundesregierung 2011: Nationaler Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/441026/136cdd0c82e45766265a0690f6534aa9/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei-data.pdf?download=1>; Zugriff: 30.10.2019).
- [Die Bundesregierung 2019] Die Bundesregierung 2019: Nationaler Aktionsplan Integration (<https://www.nationaler-aktionsplan-integration.de/napi-de>; Zugriff: 30.10.2019).
- [Döring et al. 2016] Döring, Nicola/Bortz, Jürgen/Pöschl-Günther, Sandra 2016: Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und

Humanwissenschaften. 5., vollständig überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Auflage. Berlin/Heidelberg: Springer Verlag.

[Dresing/Pehl 2018] Dresing, Thorsten/Pehl, Thorsten 2018: Praxisbuch Interview, Transkription und Analyse. Anleitung und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 8. Auflage. Marburg: Eigenverlag.

[FDP 2019] Freie Demokratische Partei 2019: Bundessatzung der Freien Demokratischen Partei. Fassung vom 26. April 2019 (<https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/05/15/satzung-komplett-2019.pdf>; Zugriff: 30.10.2019).

[FOCUS ONLINE 2018] Unbekannter Autor 2018: SPD Staatssekretärin trägt Rolex. Netz reagiert gespalten. In: FOCUS ONLINE, 22.10.2018 (https://www.focus.de/politik/deutschland/panorama-sawsan-chebli-traegt-rolex-ein-tweet-sagt-alles-was-ihr-darueber-wissen-muesst_id_9787556.html; Zugriff: 30.10.2019).

[Frankfurter Allgemeine 2018] Dürrholz, Johanna 2018: Jung, lesbisch, konservativ. Ist sie die Zukunft der CDU? In: Frankfurter Allgemeine, 07.08.2018 (<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/cdu-nachwuchs-diana-kinnert-jung-les-bisch-konservativ-15723089.html>; Zugriff: 30.10.2019).

[Gabriel 1996] Gabriel, Oscar W. 1996: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen. In: Kaase, Max/Eisen, Andreas/Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Wollman, Helmut (Hg.): Politisches System. Opladen: Leske und Budrich, S. 231-312.

[Gabriel 2014] Gabriel, Oskar 2014: Bürgerbeteiligung in Deutschland. In: Pohl, Kertsin/Massing, Peter (Hg.): Mehr Partizipation – mehr Demokratie? Eine Einführung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 27-46.

[Geißel 2011] Geißel, Brigitte 2011: Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource für die Demokratie? Frankfurt am Main: Campus.

- [Gesemann/Roth 2018] Gesemann, Frank/Roth, Roland 2018: Handbuch Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Einleitung. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland: Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer, S. 1-10.
- [Holtkamp et al. 2013] Holtkamp, Lars/Weichmann, Elke/Friedhoff, Caroline 2013: Intersektionale Analyse der Parlamente – Repräsentation von MigrantInnen in bundesdeutschen Parlamenten. Polis Nr. 72/2013. Hagen: FernUniversität in Hagen (https://www.fernuni-hagen.de/polis/download/lg4/polis_72.pdf; Zugriff: 30.10.2019).
- [Hossain et al. 2016] Hossain, Nina/Friedhoff, Caroline/Funder, Maria/Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke 2016: Partizipation – Migration – Gender. Eine Studie über politische Partizipation von Migrant_innen in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- [Huth 2013] Huth, Susanne 2013: Vergleichende Fallstudien zum freiwilligen Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund. Frankfurt am Main: INBAS-Sozialforschung (https://www.inbas-sozialforschung.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/1312_INBAS-SF_Bericht_Fallstudien_EngagementMigrantInnen.pdf; Zugriff: 30.10.2019).
- [International Organisation for Migration 2019] International Organisation for Migration 2019: Key Migration Terms (<https://www.iom.int/key-migration-terms>; Zugriff: 30.10.2019).
- [Jagusch 2017] Jagusch, Birgit 2017: Interkulturelle Öffnung. Einführung. In: Groß, Thorsten/Huth, Susanne/Jagusch, Birgit/Klein, Ansgar/Naumann, Siglinde: Engagierte Migranten: Teilhabe in der Bürgergesellschaft. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 115-117.
- [Kaase 1995] Kaase, Max 1995: Partizipation. In: Nohlen, Dieter: Wörterbuch Staat und Politik. 3. überarbeitete Auflage. München (u.a.): Piper, S. 521-527.
- [Korte 2009] Korte, Karl-Rudolf 2009: Wahlrechtsgrundsätze. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Bundestagswahlen

(<http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62536/grundsuetze-des-wahlrechts>, Zugriff: 30.10.2019).

[Mediendienst Integration 2019] Mediendienst Integration 2019: Zahlen und Fakten. Politische Teilhabe (<https://mediendienst-integration.de/integration/politik.html>, Zugriff: 30.10.2019).

[Milbrath 1965] Milbrath, Lester 1965: Political Participation. How wand why do people get involved in politics? Chicago: McNelly, 1965.

[Müssig/Worbs 2012] Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Reihe Integrationsreport, Teil 10: Working Paper 46. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

[Niedermayer 2005] Niedermayer, Oskar: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. 2., aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

[Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014] Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika 2014: Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. 4., erweiterte Auflage. München: Oldenbourg.

[Roth 2018] Roth, Roland 2018: Integration durch politische Partizipation. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland: Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer, S. 629-658.

[Sauer 2016] Sauer, Martina 2016: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/Sauer, Martina: Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wiesbaden: Springer, S. 255-279.

[Schäffer 2011] Schäffer, Burkhardt 2011: Gruppendiskussion. in: Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. 3., durchgesehene Auflage. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

- [Schulze 2015] Schultze, Rainer-Olaf 2015: Partizipation. In: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hg.): Kleines Lexikon der Politik. München: Beck, S. 458-461.
- [Simonson et al. 2014] Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens 2014: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS.
- [SPD 2019] Sozialdemokratische Partei Deutschlands 2019: Mitglied werden. Fragen zur Mitgliedschaft (<https://www.spd.de/unterstuetzen/mitglied-werden/>; Zugriff: 22.08.2019).
- [Stahl 2017] Stahl, Silvester 2017: Sport. In: Groß, Thorsten/Huth, Susanne/Jagusch, Birgit/Klein, Ansgar/Naumann, Siglinde: Engagierte Migranten: Teilhabe in der Bürgergesellschaft. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 167-172.
- [Statistisches Bundesamt 2019] Statistisches Bundesamt 2019: Migration und Integration. Personen mit Migrationshintergrund (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/Erlauterungen/migrationshintergrund.html>, Zugriff: 30.10.2019).
- [Strauss 1994] Strauss, Anselm L.: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. München: Fink.
- [Strübing 2019] Strübing, Jörg 2019: Grounded Theory and Theoretical Sampling. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- [Süddeutsche Zeitung 2019] Hahn, Thomas 2019: Aminata Touré. Junge, grüne Spitzenpolitikerin im Kieler Landtag mit Wurzeln in Mali. In: Süddeutsche Zeitung, 10.06.2019 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/profil-aminata-toure-1.4480934>; Zugriff: 30.10.2019).

[Treibel 2016] Treibel, Annette 2016: Integriert Euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

[United Nations 2019] United Nations 2019: Migration (<https://www.un.org/en/sections/issues-depth/migration/index.html>; Zugriff: 30.10.2019).

[Van Deth 2009] Van Deth, Jan W. 2009: Politische Partizipation. In: Kaina, Viktoia/Römele, Andrea (Hg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141-162.

[Van Deth 2014] Van Deth, Jan W. 2014: Das schwierige Verhältnis zwischen Partizipation und Demokratie. In: Pohl, Kerstin/Massing, Peter (Hg.): Mehr Partizipation – mehr Demokratie? Eine Einführung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 11-26.

[Van Deth 2016] Van Deth, Jan W. 2016: What is Political Participation? Oxford Research Encyclopedia, Politics. Oxford: Oxford University Press.

[Van Deth/Tausendpfund 2013] Van Deth, Jan W./Tausendpfund, Markus 2013: Einführung. Ist alle Politik lokale Politik? In: Van Deth, Jan W./Tausendpfund, Markus: Politik im Kontext. Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 9-32.

[Weinmann et al. 2012] Weinmann, Martin/Becher, Inna/Babka von Gostomski, Christian 2012: Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen. Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011.

[WeLT 2016] Schwilden, Frédéric: Das modernste Gesicht der CDU und ein spezielles Tattoo. In: WeLT, 09.02.2016 (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article152030299/Das-modernste-Gesicht-der-CDU-und-ein-spezies-Tattoo.html>; Zugriff: 30.10.2019).

[Westle 2013] Westle, Bettina 2013: Bedeutung/slosigkeit des lokalen Kontexts? In: Van Deth, Jan W./Tausendpfund, Markus: Politik im Kontext. Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 215-240.

[Wilmes 2018] Wilmes, Bernhard 2018: politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Migration (<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/247685/politische-partizipation?p=all>; Zugriff: 30.10.2019).

[Wittlif/Litta 2016] Wittlif, Alex/Litta, Henriette 2016: Schwarz, rot grün – Welche Parteien bevorzugen Zuwanderer? Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016-5. Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

[ZEIT Campus 2017] Schrader, Hannes 2017: Nur noch kurz die CDU retten. In: ZEIT Campus, 09.02.2017 (<https://www.zeit.de/campus/2017-02/cdu-bundestagswahl-neue-konservative-diana-kinnert>; Zugriff: 30.10.2019).

[ZEIT ONLINE 2019] Reather, Elisabeth 2019: Es liegt an den anderen. In: ZEIT CAMPUS, 09.01.2019 (<https://www.zeit.de/2019/03/sawsan-chebli-staatssekretaerin-berlin-spd>; Zugriff: 30.10.2019).